aufbau

klassenkampf
frauenkampf
kommunismus

104

März/April 2021
Fr. 3.— / € 2.—
www.aufbau.org

ZERO-COVID Orientierung und Trugschlüsse 4
ROJAVA Ökologisches Bewusstsein als Selbstverteidigung 5
ANTIBABYPILLE War als Kind schon schwierig 10
REVOLTE IN CHILE Frauen an vorderster Front 13

GESUNDHEIT

Das Gesundheitspersonal wüsste, was zu tun wäre

Der Aufbau hat einen runden Tisch mit Personen aus dem Gesundheitswesen gemacht. Die Probleme sind je nach Institution, Fachbereich und Funktion sehr verschieden, doch alle teilen die Meinung, dass Profit und ein gutes Gesundheitswesen unvereinbar sind. Ökonomisierung bewirkt Personalmangel, Zeitdruck und zerstörerischen Stress. Würde man das Personal fragen, es wüsste, wie ein Gesundheitswesen zu gestalten ist, das für das Wohl aller sorgt und das Personal dabei nicht kaputt macht.

Eine Fachperson Gesundheit (FaGe) aus einem privaten Altersheim, eine Pflegefachfrau aus einem städtischen Pflegezentrum, zwei Pflegerinnen auf Intensivstationen und drei Assistenzärztinnen aus unterschiedlichen Spitälern sind dabei. Es gibt keinen Smalltalk, es geht mitten ins Geschehen. Wer im Gesundheitswesen Sorgearbeit leistet, hat Sorgen. Wir fragen, was unmittelbar nützen würde, um zu entlasten. «Nie mehr geteilte Schicht» antwortet die FaGe wie aus der Pistole geschossen und eine Assistenzärztin fragt: «Was ist das?». Schichten, die frühmorgens und abends zu leisten sind und dazwischen 'Zimmerstunden' haben, kennt die Notmedizin nicht.

Das Gesundheitswesen ist divers. Es ist nicht egal, ob du in einer öffentlichen Einrichtung arbeitest oder in einer privaten. Ein Altersheim unterscheidet sich vom Pflegezentrum, noch mehr vom Spital. Auch sind Pflegende und Ärzt_innen weder auf der gleichen Hierarchiestufe, noch haben sie die gleichen Probleme.

Wer im Gesundheitswesen Sorgearbeit leistet, hat Sorgen

Die Unterschiede können extreme Formen annehmen, wie die eine der Intensivpflegerinnen ausführt: «Während der ersten Welle hat eine total ungleiche Verteilung stattgefunden. Teilweise haben Kliniken Kurzarbeit angemeldet und wir haben durchgerackert und da war schon ein grosser Frust, dass wir gemerkt haben: Es wäre gar nicht nötig gewesen, dass man die Menschen, die man betreut, so gefährdet. Dass man das Personal so gefährdet.» Eine Assistenzärztin berichtet: «Ich habe noch nie so wenig gearbeitet, wie in der ersten Welle» eine andere: «Es stimmt, jedes Haus schaut nur für sich. Bei uns wurden gewisse Medikamente gehamstert und anderorts haben sie gefehlt. Genauso mit den Masken.» «Wir hatten in der ersten Welle viel zu wenige Masken» sagt die FaGe. «Wir mussten unsere Masken behalten und sterilisieren, das war grauenhaft!» und die Intensivpflegerin wieder: «Wir waren komplett am Anschlag, aber die Spitalleitung hat Hilfsangebote von ausserhalb ausgeschlagen. Jetzt in der zweiten Welle ist es besser. Seit sie gemerkt haben, dass der Bund für die verschobenen Operationen nicht aufkommt, läuft die Koordination der Corona-Fälle super. Sie sind vor allem daran interessiert, die elektiven Eingriffe so lange wie möglich weiterzufahren.» Nicht der Notstand hat zur Veränderung geführt, sondern der wirtschaftliche Zwang, so viel wie möglich zu operieren und das Defizit aus der ersten Welle abzuarbeiten. Genauso in einem anderen Spital: «Bei uns wurden Säle geschlossen während dem Tagesprogramm, aber die Nächte durchoperiert, weil plötzlich alles zum Notfall erklärt wurde.»

Fortsetzung auf Seite 6

Inhalt

3 Transatlantische Ebbe

4 Vernetzen von unten statt Hoffen auf oben

4 Ideologischer und materieller Kampf um die Arbeitslosenkassen

5 Ökologie in Zeiten von Krieg

7 «Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht!»

8 „Preguntando caminamos.“ – Fragend gehen wir voran.

8 Basel Nazifrei – eine Zwischenbilanz

9 Das Impfdesaster

10 Doch keine so magische Pille

11 Mit der Waffe in der Hand und Entschlossenheit im Herzen

12 Widerstand gegen das faschistische Bolsonaro/ Mourão Regime

13 «Schnauze halten und arbeiten» Las mujeres siempre estamos en primera línea

14 Was die Jugend antreibt

16 Kleine Axt fällt grossen Baum

IN EIGENER SACHE

Wir werden in unserer Zeitung zukünftig das Binnen-I durch den Unterstrich ersetzen. Wir werden also nicht mehr von ProletarierInnen oder AktivistInnen schreiben, sondern von Proletarier_innen oder Aktivist_innen. Der Unterstrich soll auch jene Menschen repräsentieren, die sich weder als Frau noch als Mann begreifen. Das ändert nichts daran, dass wir uns auch weiterhin auf das revolutionäre Subjekt der proletarischen Frau beziehen. In der nächsten Nummer werden wir diesen Entscheid näher erläutern und dabei auch auf unser differenziertes Verständnis von Geschlecht und auf die Bedeutung des Frauenkampfes eingehen.

POLITISCHE GEFANGENE

Die Fronten, an denen innerhalb der Türkei gegen das islamistisch-faschistische AKP-MHP-Regime gekämpft wird, sind so zahlreich und vielfältig wie die türkische Reaktion totalitär ist. Nebst den Kämpfen der Frauen, Arbeiter_innen und Studierenden und den direkten Aktionen der Milizen und Guerillaeinheiten der HBDH (Vereinigten Revolutionsbewegung der Völker) sind die Gefängnisse ein Ort der Auseinandersetzung zwischen revolutionären und konterrevolutionären Kräften. Anlässlich des Gründungstags der PKK begannen am 27. November 2020 Genoss_innen der PKK und PAJK einen Hungerstreik, an welchem sich für jeweils fünf Tage abwechselnd unterschiedliche Gruppen von Gefangenen der kurdischen Bewegung beteiligen. Der Hungerstreik, der seit mehr als zwei Monaten anhält, macht die Knäste der Türkei zu einer Front des Widerstands und hat zudem das Ziel, Öffentlichkeit für die Situation von Abdullah Öcalan zu schaffen, der seit seiner Entführung vor mehr als zwanzig Jahren unter harten Isolationsbedingungen auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert ist. Der Hungerstreik verbreitet sich inner- wie ausserhalb der Gefängnisse: Anfang 2021 schlossen sich Gefangene der MLKP für fünf Tage dem Hungerstreik an und zeigten damit ihre Solidarität mit den Forderungen des Streiks. Im Flüchtlingslager Maxmur im Nordirak (Bashur), welches zu Beginn der 1990er-Jahre nach Angriffen der türkischen Armee in dem Südosten der Türkei (Bakur) entstand, beteiligen sich Menschen an einem Solidaritätshungerstreik. Im ebenfalls selbstverwalteten Flüchtlingscamp Lavrio in Griechenland organisierte die kurdische Jugendbewegung TCŞ Mitte Dezember 2020 eine Solidaritätsaktion für den Streik. Genossen der HPG-Guerilla in den Kandilbergen betonen die symbolische Bedeutung des Kampfes in den Knästen, welcher aufzeigt, dass Widerstand unter widrigsten Bedingungen stets möglich ist.

Aktivist_innen vor dem Basler Strafgericht während eines Basel Nazifrei Prozesses.

Editorial

(red) Seit über einem Jahr beeinflusst die Pandemie den Alltag von uns allen. Klassenzugehörigkeit und Geschlecht, aber auch Beruf, Wohnort oder körperliche Gesundheit führen dazu, dass Corona eine sehr unterschiedliche Bedeutung für die Menschen hat. Sehr deutliche zeigt sich dies bei Personen, die im Gesundheitswesen arbeiten. Im Artikel auf der Frontseite und auf Seite 13 berichten Frauen, die im Spital bzw. in Pflege- und Alterszentren arbeiten, über ihren aktuellen Arbeitsalltag. Oft ein Alltag am äussersten Rand des Möglichen. Patient_innen und Pflegende baden hier sehr direkt aus, dass sich unsere Gesundheitspolitik primär auf ein gesundes Wirtschaftsleben konzentriert: ihre Profite, unsere Toten.

Das individuell so unterschiedliche Erleben der aktuellen Situation macht kollektive Momente umso wichtiger. Der 8.März bietet uns da eine Gelegenheit, wo wir ausbrechen können aus der Vereinzelung im Homeoffice, in der Arbeitslosigkeit oder im Dauernotstand in der Pflege. Die Pandemie müssen wir ernst nehmen und uns dementsprechend schützen, das ist klar. Gleichzeitig müssen wir sie aber auch ernst nehmen als ein Moment, in dem wir politisch handlungsfähig sein müssen. Mit dieser menschenverachtenden Politik sind wir nicht einverstanden. Eine Alternative dazu können wir nur gemeinsam auf der Strasse erkämpfen, am 8.März, dem 1.Mai oder dem 14.Juni.

Für neue Leserinnen und Leser:
Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.
Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.
Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen.
Schreib uns!

ROJAVA

Transatlantische Ebbe

Ein homogener Block war das transatlantische Bündnis nie. Der Brexit, der Niedergang der Hegemonialmacht USA und die wachsende Bedeutung der VR China deuten neue Weichenstellungen im Bündnis an.

(gpw) Das transatlantische Bündnis - getragen durch die USA und die westeuropäischen Staaten - wurde in den Jahren nach dem zweiten imperialistischen Weltkrieg geschmiedet. Angesichts der Systemkonkurrenz durch die Sowjetunion war dieses Bündnis sowohl ein Rahmen, in welchem die Interessen der imperialistischen Staaten vermittelt werden konnten, als auch ein Gefäss, mithilfe dessen diese Interessen durchgesetzt werden konnten. Militärischer Ausdruck dieser Partnerschaft ist die NATO, welche 1949 unter der Schirmherrschaft der Atommächte USA, Frankreich und Grossbritannien gegründet wurde. Erst später - Mitte der 1950er-Jahre - stiess die remilitarisierte Bundesrepublik Deutschland zur Runde, nachdem ebenjene drei Besatzungsmächte, welche nach dem Weltkrieg die Geschicke der BRD kontrollierten, sukzessive mehr staatliche Kompetenzen an Bonn (die damalige Hauptstadt der BRD) delegiert hatten.

In den vergangenen Jahren hatte dieses Bündnis aus verschiedenen Gründen gelitten. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion fehlte der gemeinsame Feind aus den Jahren des Kalten Krieges. Eine gemeinsame strategische Vision ist angesichts des Niedergangs der USA als Hegemonialmacht und der Widersprüche innerhalb des Bündnisses nicht erkennbar. Es ist ein Zustand, der nicht von ungefähr jenem der Europäischen Union ähnelt, ein politisches Projekt mit ähnlicher allgemeiner Zielsetzung. Auch dieser Versuch, die Interessen verschiedener Kapitalfraktionen innerhalb Europas zu organisieren, gleicht einem Trümmerhaufen, wenn man sich die Unfähigkeit, die sich in der Bewältigung der Covid-Pandemie manifestiert, vor Augen führt.

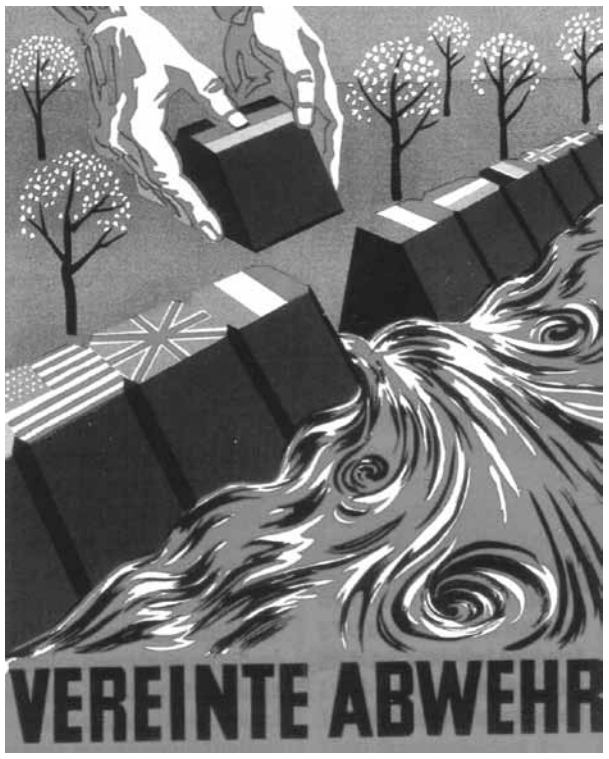
Geschminkte Hintern bleiben Hintern

Die Wahl des neuen US-Präsidenten Joe Biden versprach Hoffnung und wurde entsprechend inszeniert: Endlich wieder ein Transatlantiker am Horizont nach vier Jahren Unberechenbarkeit unter Donald Trump! Wo Trump auf Disruption setzte, signalisiert Biden Kontinuität und Stabilität. Symbolisch bedeutsam etwa, dass die ersten Telefonanrufe Biden's aus dem Oval Office - nach den Nachbarstaaten Kanada und Mexiko - London, Paris, Berlin und Brüssel galten. Konstante der Gespräche mit Premierminister Johnson, Präsident Macron, Bundeskanzlerin Merkel und NATO-Generalsekretär Stoltenberg: Die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen.

Entgegen der bürgerlichen Geschichtsschreibung ist es nicht so, dass grosse Männer (seltener auch Frauen) im Rahmen diplomatischer Telefonate Geschichte machen. Die subjektiven Bemühungen um das transatlantische Bündnis sind eine Seite der Medaille, die objektiven Bedingungen und die daran geknüpften Perspektiven des Bündnisses sind die andere und bestimmende Seite des Ganzen. Diese Seite wiederum ist geprägt vom Aufstieg der Volksrepublik China, dem Niedergang der USA, den inner-europäischen Konflikten und einer anhaltenden und eklatanten Perspektivlosigkeit des Kapitalismus. Die angesichts dieser historischen Entwicklungen von Macron angestossenen Debatten um den «Hirntod» der NATO und die strategische Autonomie Europas (d.h. eine anzustrebende politisch-militärische Unabhängigkeit von den USA) widerspiegeln diese Seite der Medaille bedeutend treffender als es die Diskussionen rund um Biden tun.

Der Kaiser ist nackt

Dieser Zustand des transatlantischen Bündnisses wird gesamtgesellschaftlich durchaus wahrgenommen. Ende 2020 führte der europäische Think Tank ECFR in elf europäischen Staaten eine grossangelegte Umfrage durch. Zwei Drittel der Befragten gaben an, dass «Europa sich nicht auf die USA verlassen könne und eigene Verteidigungsfähigkeiten aufbauen müsse», während rund 60% der Teilnehmer_innen eine neutrale Position in einem allfälligen Konflikt zwischen den USA und China oder Russland bevorzugen würden. Die Umfrage ist mit Vorsicht zu verstehen, da das ECFR selber parteiischer Fürsprecher



Propaganda-Plakat anlässlich des Beitritts der BRD zur NATO

einer eigenständigen und offensiven EU-Aussenpolitik ist. Tatsache bleibt, dass die Zukunft des transatlantischen Bündnisses angesichts seines allgemeinen Zustands, seiner gesellschaftlichen Wahrnehmung und den Interessen der darin vertretenen Staaten wenig rosig ist. Denn Präsident Biden wird das Projekt nur so lange stützen, wie die USA darin die führende Kraft ist, was früher oder später Kollisionskurs mit den aussenpolitischen Ambitionen Frankreichs bedeutet.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

Swiss Global Enterprise angegriffen - kein Deal mit der Türkei!

Mit pyrotechnischer Wucht haben wir gestern Nacht die Eingangstüre der SwissGlobalEnterprise in Zürich (SGE) zertrümmert. Die SGE ist eine Oragnisation des Schweizer Kapitals, die vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) mit dem Ziel gegründet wurde, schweizerische Investitionen in der Welt zu fördern. Investitionen zum Beispiel in Länder wie die Türkei, für welche die SGE in diesem Monat eine spezielle Länderberatung im Angebot hat, für Schweizer Firmen, die in der Türkei Fuss fassen wollen.
Während die SGE das Schweizer Kapital über die Möglichkeiten von Investitionen in der faschistische Türkei berät, arbeitet das SECO fleissig daran, diese Möglichkeiten weiter zu verbessern: In nächster Zeit will SVP-BR Guy Parmelin (Wirtschaftsminister) das erneuerte Freihandelsabkommen mit der Türkei abschliessen - ein Ausdruck der Unterstützung des faschistischen Regimes in Ankara. Wir sagen: Nieder mit Faschismus und Kapital!
Die Schweiz verhandelt seit einigen Jahren als Mitglied der EFTA-Staaten (Schweiz, Liechtenstein, Island, Norwegen) ein erneuertes Freihandelsabkommen mit der Türkei. Das bisherige Freihandelsabkommen wurde bereits 1992 eingesetzt und regelt den freien Handel von Gütern. Davon profitiert aktuell insbesondere die Textilindustrie in der Schweiz, die in der Türkei zu miesen Arbeitsbedingungen günstig produzieren lässt, um dann mit fettem Extraprofit die T-Shirts usw. hier zu verkaufen. Rund 35% aller Importe aus der Türkei in die Schweiz fallen in diesem Sektor an.
Das erneuerte Freihandelsabkommen soll neu zudem auch Dienstleistungen umfassen. Das hiesse (ähnlich wie bei den TiSA-Verhandlungen), dass Firmen aus beiden Ländern im jeweils anderen Land ohne Hürden Services wie bspw. Kundenbetreuung, Tourismus oder Krankenpflege anbieten könnten. Vermutlich profitierte von dieser Liberalisierung künftig eher das Schweizer Kapital denn dasjenige aus der Türkei, welches so noch günstigere Bedingungen für den Kapitalexport von hier nach dort vorfinden würde. Darin dürfte insbesondere der Tourismussektor eine grosse Rolle spielen, der für die türkische Wirtschaft zentral ist und in dem viele Menschen arbeiten.
In erster Linie heissen Freihandelsabkommen ganz allgemein verbesserte Bedingungen für die Bourgeoisie, um in jeweils anderen Ländern Arbeitskräfte auszubeuten. Aus ihrer Sicht sind die Interessen der Arbeitenden nicht bloss zweitrangig oder nebensächlich, sondern Hürden in ihrer Profitmaximierung. Kein Freihandelsabkommen dieser Welt entspricht den Bedürfnissen der Menschen, sie dienen und sind geprägt von wirtschaftlichen Interessen. Sie sind Klassenkampf von oben gegen unten.
In zweiter Linie heisst ein Freihandelsabkommen mit der Türkei Unterstützung eines faschistischen Regimes, auf unterschiedlichen Ebenen. Es stützt das Regime wirtschaftlich - die türkische Wirtschaft befindet sich in einer langanhaltenden Krise, Investitionen aus dem Ausland sind für das AKP-MHP-Regime überlebenswichtig. Es stützt das Regime symbolisch im Inland und Ausland - während andere internationalen Machtblöcke (wie die USA oder die EU) aus ganz eigenen Interessen Sanktionen gegen die Türkei in Erwägung ziehen, geht die Schweiz voran und schmiedet neue Deals mit dem Diktator.
Insbesondere der zweite Punkt ist nicht zu vernachlässigen. Die Türkei führt Krieg. Im Inland gegen die kurdische Bevölkerung und gegen die fortschrittliche Bewegung, egal ob gewerkschaftlicher, anarchistischer, feministischer, sozialistischer oder kommunistischer Natur. Im Nordirak führt die Türkei (mit Unterstützung des Barzani-Clans) Krieg gegen die PKK und ihre Verbündeten, in den Medya-Verteidigungsgebieten (darunter das Kandilgebirge) und im Shengal. In Nordostsyrien, Rojava, greift die Türkei unablässig an und besetzt nun seit Jahren Gebiete entlang der türkisch-syrischen Grenze. In Libyen sind syrische Söldner und türkische Drohnen präsent, um die Interessen der Türkei zu verteidigen. Im Krieg Aserbaidschans gegen Armenien war die Unterstützung aus Ankara - hundert Jahre nach dem Genozid an den ArmenierInnen - wiederum mittels türkischen Drohnen gesichert. Rund um Zypern und Griechenland spielt die Türkei permanent mit dem Feuer einer kriegerischen Eskalation.
Die Türkei führt Krieg - und die Schweiz macht Geschäfte. Es ist pures Kalkül und Heuchelei, wenn Parmelin im Oktober 2019 den Ratifizierungsprozess dieses Abkommens zwischenzeitlich "auf Eis legte", weil zu diesem Zeitpunkt die Türkei einen erneuten Angriffskrieg gegen Rojava lanciert hatte und eine Ratifizierung des Abkommens gerade nicht opportun erschien. Die Economiesuisse richtete sich bereits da an die Mitglieder der Aussenparlamentarischen Kommission des Parlaments, machte Druck für das Abkommen und erinnerte sie daran, dass "Oberstes Ziel optimale Rahmenbedingungen für die Schweizer Exportwirtschaft im Vergleich zur internationalen Konkurrenz sind." Wer glaubt ihnen also ernsthaft, dass Krieg je den Interessen der hiesigen Wirtschaft in die Quere kommen würde? Zynisch heisst es heute aus Bern, das neue Abkommen sei ein Fortschritt, weil es "die Menschenrechtslage thematisiere". Was nützt diese "Thematisierung" all jenen, die unter türkischer Besatzung oder für türkische Interessen gefoltert, vergewaltigt, versklavt, ermordet werden? Wer glaubt ernsthaft, dass diese Diplomatiefloskeln wirklich eine Bedeutung hätten?
Wir nicht. Und darum haben wir und werden wir weiterhin jene Institutionen angreifen, welche bei der Ausarbeitung des neuen Freihandelsabkommens und der Exportförderung in die Türkei federführend sind. Wir solidarisieren uns mit allen Kräften, die sich international gegen den türkischen Faschismus positionieren und in Stellung bringen. Wir solidarisieren uns mit all jenen, die den Besatzungsmächten widerstehen - von Bakur über Rojava nach Bashur. Durchkreuzen wir die Interessen und Propaganda der Mächtigen, greifen wir ihre Verbrechen auf und an, lasst uns klarmachen, dass wir Schulter an Schulter gegen Faschismus und Kapital kämpfen!
Fight for Rojava!

PANDEMIE

Vernetzen von unten statt Hoffen auf oben

Die ZeroCovid-Kampagne bietet Orientierung in einer krisenhaften Situation. Aber sie führt auch in die Irre.

Das politische Kräfteverhältnis muss sich ändern, damit es nicht aussieht wie auf dem Bild.

(az) Während des bisherigen Verlaufes der Corona-Pandemie blieben reformistische Vorschläge zur Krisenbewältigung weitgehend aus. Auf Forderungen, Programme oder gar Strategien musste lange Zeit vergebens gewartet werden. Dies änderte sich nun Anfang 2021: Die ZeroCovid-Kampagne in Deutschland, Österreich und der Schweiz fordert einen europaweiten, sozial abgefederten Lockdown, der sich besonders auf die Situationen in der Arbeitswelt bezieht und von Steuern finanziert werden soll. Damit sorgten die Initiant_innen für eine lebendige Debatte und bei vielen Menschen für eine gewisse inhaltliche Orientierung in einer politisch weitgehend orientierungslosen Zeit. Es ist dies mit Sicherheit der deutlich bessere gesellschaftliche Diskurs als die zahlreichen, aktuell beliebten Verschwörungserzählungen. Dieser Verdienst darf der Zero Covid-Initiative angerechnet werden.

Klar ist auch ein anderer Aspekt: Die Initiative erscheint in einer Zeit der Vereinzelung. Es ist in den letzten Monaten deutlich schwieriger geworden, sich zusammen am Arbeitsplatz zu organisieren – oder auch nur schon bei der Arbeit am Mittag zusammen essen zu gehen. Das erschwert jegliche Möglichkeit, sich kollektiv von unten zu formieren und stärkt mancherorts wahrscheinlich auch die Einschätzung, dass ein Appell im Internet fast die einzig mögliche linke Strategie in derart bewegten, krisengeschüttelten und dennoch fast regungslosen Zeiten wie heute sein könnte.

Appell an den Staat

Die Kampagne verbleibt jedoch bei einem Appell an den Staat respektive an den Staatenbund der Europäischen Union. Sie verbleibt somit bei einem Appell von mehreren bis vielen Autor_innen, die an und für sich keine politische Kraft darstellen oder hinter sich vereinen würden. Zwar bilden sie durch die Vielfalt der Unterzeichnenden und deren Hintergründe eine bestimmte gesellschaftliche Breite ab. Letztlich steht dahinter aber keine Forderung, die aus Kämpfen an der Basis erstritten wurde. Das ist ein Problem: Es ist nicht davon auszugehen, dass die Herrschenden uns etwas schenken. Ohne ein konkretes Kräfteverhältnis und ohne Bezugnahme auf dieses Kräfteverhältnis ist wenig zu erwarten. Ein Bisschen erinnert die Initiative dadurch an die Diskussionen rund um das bedingungslose Grundeinkommen oder an Mietstreiks in den Sommermonaten des vergangenen Jahres. Die Idee ist irgendwie gut gemeint; vordergründig wird dann die konkrete Umsetzbarkeit debattiert, ohne dass dabei den aktuellen, realen, politischen Kräfteverhältnissen eine Beachtung geschenkt würde.

Orientieren an den Kämpfen «von unten»

Und gerade dabei birgt die Initiative Gefahren in inhaltlicher Hinsicht in sich. Im dümmsten Fall werden jene Teilforderungen integriert, die dem Staat (oder den Staaten) am besten in den Kram passen und der Rest fällt unter den Tisch. Die Initiative heisst in der Praxis vor allem, dass das Staatliche gestärkt wird. Es geht gemäss diesem Vorschlag konsequenterweise darum, die Polizei zu rufen, um fehlbare Betriebe zu schliessen. Die Initiative betont kein gesellschaftliches «unten» und «oben», sondern vor allem ein gemeinsames, vermeintlich technisch-operatives Problem mit einer Lösung. Die revolutionäre Linke muss im Gegenteil um eine Stärkung der Klassenkämpfe, um eine Orientierung an «unten», bemüht sein. Dafür benötigt es eine reale Bewegung sowie eine aktive Teilnahme an letzterer. Da der 8. März und somit der internationale Frauenkampftag vor der Türe steht, muss nicht lange gewartet werden, um sich auf ein Subjekt zu beziehen. Wie wir spätestens seit dieser Ausgabe des Aufbaus wissen, sind es etwa die Pflegenden, die wüssten was gegenwärtig zu tun wäre.

SOZIALVERSICHERUNGEN

Ideologischer und materieller Kampf um die Arbeitslosenkassen

Für viele Stellensuchende im Kanton Zürich gibt es während der Coronazeit wenig zu lachen. Steht die heutige Unerbittlichkeit der regionalen Arbeitsvermittlungen stellvertretend für den politischen Wind gegen die Arbeitslosenversicherung von morgen?

(az) Mehrere Jahre lang arbeitete Frau M. als Putzhilfe in Privathaushalten, am Flughafen sowie als Nanny in einer reichen Gemeinde am Zürichsee. Wegen der Coronakrise verlor sie im April 2020 zwei ihrer drei Stellen; seither ist sie beim RAV (Regionale Arbeitsvermittlung) angemeldet. Das lokale RAV forderte – nicht nur von ihr – einen Teil der monatlichen Bewerbungen in elektronischer Form ein. Das wiederum bedeutete, dass Frau M. – welche über keine vertieften Kenntnisse in Sachen Computer und Onlinebewerbungen verfügt – Externe Hilfe holen musste. Über ihren Bekanntenkreis wusste Frau M. von einer Beratung in einer Zürcher Agglomerationsgemeinde, welche gegen Bezahlung Online-Bewerbungen für Klient_innen der regionalen Arbeitsvermittlungen anbietet. Frau M. hatte keine Wahl; sie nahm diese Dienstleistung in Anspruch. Nach nur zwei Wochen erkrankte die Dienstleisterin an Corona. Frau M., weder der deutschen Sprache mächtig noch erfahren in Sachen Computernutzung, stand ohne Online-Bewerbungen da. Da sie in Folge dieser Begebenheiten die Bewerbungen erst etwas zu spät an das RAV weiterleiten konnte, erhielt sie Einstelltage: Frau M. wurde für die fehlenden Bewerbungen sanktioniert. Dies geschah mit der Begründung, dass es ihre eigene Sache sei, wie sie die Onlinebewerbungen (während dem Lockdown) organisiere. Obwohl Frau M. alles in ihrer Macht stehende tat, wurde sie von der Arbeitsvermittlung bestraft – auch in einer Zeit, in der kaum freie Stellen auf dem Markt zu finden waren.

Sanktionen über Sanktionen

Frau M. ist vielleicht ein krasses Beispiel für die Unerbittlichkeit, mit der die Regionalen Arbeitsvermittlungen derzeit gegen viele Arbeitslose vorgehen, allein ist sie indes nicht. Als der Bundesrat im März 2020 den Lockdown verkündete, versprach Bundesrat Guy Parmelin gleichzeitig Nachsicht gegenüber den Arbeitslosen. Doch das politische Versprechen entpuppte sich als irrelevant für die kantonale und regionale Praxis und somit als leer. Viele Leute, welche auf die Taggelder der Arbeitslosenkassen angewiesen sind, berichten von Sanktionen. Frau M.'s Einsprache, welche eine politische Aktivistin für die Zürcher Unterländerin formulierte, wurde abgewiesen. Im Kanton Zürich mehren sich die Stimmen und die Berichte über ähnliche Geschichten wie jene von Frau M. 2012 erhielten 28% aller Arbeitslosen Sanktionen. Die Tendenz war in den letzten Jahren stets steigend, im Jahr 2019 sahen sich 32% der Leute mit Strafen konfrontiert (der Kanton Obwalden bestraft fast die Hälfte aller Arbeitslosen). Für das Jahr 2020 will das Seco die Zahlen der Kantone (noch) nicht veröffentlichen; angeblich könne man diese nicht ins Verhältnis zu den Vorjahren setzen. Der Verdacht liegt nahe, dass die Anzahl Einstelltage nochmals drastisch in die Höhe stieg und das ebenso geschönt und verschleiert werden soll, wie es Parmelin mit der konkreten RAV-Praxis tut.

Politischer Angriff auf die Arbeitslosenkassen

Dass die Arbeitslosenkasse dereinst ein umkämpftes Terrain werden könnte, darauf deutet seit mehreren Monaten einiges hin. Der regionalen Praxis in Zürcher Gemeinden eilt eine Politik der leeren Kassen auf Bundesebene voraus. Der SVP-Bankier Thomas Matter reichte im Juni 2020 und somit kurz nach dem Lockdown einen Vorstoss auf nationaler Ebene ein. Demnach sollten Arbeitslose aus verschiedenen Ländern ungleich behandelt werden – dies je nachdem, wie viele Menschen der gleichen Staatsangehörigkeit auf Arbeitslosengeld angewiesen sind. Dieser Vorstoss glänzte nicht nur durch offenen Rassismus. Ein zentrales Moment lag im Versuch, mitten in der Corona-Krise den Angriff auf die letzten Elemente gesellschaftlicher Solidarität zu lancieren. Es war dies nicht der erste Versuch, auf dem Rücken von ausländischen Staatsangehörigen Sozialabbau für alle zu betreiben. Auf jeden Fall gelang es der SVP als erste Kraft, das Thema der Arbeitslosenkasse für ihre Politik der Klassenspaltung zu besetzen. Sie meinen die ganze werktätige Klasse, wenn sie von «Ausländer_innen» sprechen.

Ökonomischer Druck auf die Kassen

Woher das Geld für die heute weitverbreitete Kurzarbeit letztlich kommen wird, ist nicht gänzlich geklärt. Auch wenn es über die Arbeitslosenkassen abgerechnet wird, wird sie diese wohl nicht unmittelbar belasten. Die Erfahrung zeigt aber, dass nach der Krise ein gewaltiger ökonomischer Angriff auf allen Ebenen folgt. Weil die Arbeitslosenkasse oder die AHV Sozialwerke darstellen, auf welche die gesamte Klasse angewiesen ist, sind sie Projekte, die die Bürgerlichen nicht einfach widerstandslos angreifen können. Darum versuchen sie es spalterisch, rassistisch, oder mittels Salamitaktik wie beim Rentenalter. Es sind dies Themen, die das Potenzial haben, dass sie verschiedene Klassensegmente der Lohnabhängigen bewegen. Sowohl Frau M. als auch ein beliebiger ABB-Ingenieur sind betroffen. Und viele andere auch.

Im Bild

Ein Etappensieg in Argentinien: Seit dem 30. Dezember 2020 dürfen Schwangere in Argentinien legal und kostenlos abtreiben. Die Legalisierung konnte dem Senat nur dank jahrzehntelangem Druck von der Strasse und nach vielen Rückschlägen abgerungen werden. Dass dies nur ein Etappensieg ist und der Druck nicht nachlassen darf, zeigt der Blick rund um den Globus. Auch hier in der Schweiz muss jahrein, jahraus dem hetzerischen Marsch fürs Lebe antifaschistisch und feministisch entgegengestanden werden.

ROJAVA

Ökologie in Zeiten von Krieg

Die kurdische Befreiungsbewegung versteht Krieg als den ultimativen Ausdruck des Patriarchats. Nicht nur Menschen, auch die Natur kommt zu Schaden. Ihr Verständnis von Ökologie setzt auf kollektives Leben, Selbstversorgung und -verteidigung.

(agj) Auch in den Phasen, in denen der türkische Staat nur vereinzelt militärische Schläge ausführt, herrscht weiter Krieg in Rojava. In der Kriegsführung niedriger Intensität setzt er vor allem unkonventionelle Angriffsformen ein. Sie zielen darauf ab, die materielle und moralische Basis des Widerstands zu schwächen, die Bevölkerung zu zermürben und in die Flucht zu treiben. Krieg bedeutet nicht nur einen Angriff auf die Menschen, sondern auch auf die Natur, auf die natürlichen Lebensgrundlagen. Der türkische Staat und seine verbündeten jihadistischen Banden stecken Getreidefelder kurz vor der Ernte in Brand. Sie fällen Olivenbäume, um die besetzten Gebiete durch den Import von türkischem Olivenöl wirtschaftlich abhängig zu machen. Sie bombardieren Wasserreservoirs, die die Bevölkerung und die Landwirtschaft mit Wasser versorgen.

Der türkische Staat hat begonnen, den Ilisu-Staudamm in Nordkurdistan zu füllen und die jahrtausendealte Stadt Hasankeyf zu fluten, und plant den Bau von weiteren Staudämmen und Wasserkraftwerken entlang von Euphrat und Tigris, den Hauptwasseradern des Mittleren Ostens. Was vordergründig der Stromproduktion aus Wasserkraft dienen soll, verfolgt tatsächlich die Absicht, durch die künstlichen Stauseen die Bewegungsmöglichkeiten der Guerilla zu behindern, die flussabwärts gelegenen Regionen wie Rojava auszutrocknen und zwischendurch mit dem Ablassen von grossen Wassermassen zu überschwemmen. Der türkische Staat schreckt nicht davor zurück, seine Kontrolle über das Wasser als politisches Druckmittel gegen Rojava, das übrige Syrien oder den Irak einzusetzen. Aber auch die einseitige Wirtschaftspolitik des Syrischen Regimes in den Jahrzehnten vor der Revolution, die sich gegen die kurdische Bevölkerung Rojavas richtete, hat immense ökologische Schäden angerichtet.

Den Bruch zwischen Mensch und Natur kitten

Die PKK änderte Mitte der 2000er-Jahre ihr Paradigma hin zu radikaler Demokratie, Frauenbefreiung und Ökologie und nahm die Theorie der sozialen Ökologie des US-amerikanischen Kommunalisten Murray Bookchin auf. Sie geht von zwei Brüchen beim Übergang von der natürlichen Gesellschaft (Ur-Kommunismus) zu hierarchischen Klassengesellschaften aus: Dem Bruch zwischen den Geschlechtern und dem Bruch zwischen Mensch und Natur. Laut der kurdischen Bewegung müssen wir diese Brüche kitten, um die sozialen und ökologischen Probleme zu lösen. Sie argumentiert, dass die Kritik der Sowjetunion und anderer revolutionärer Bewegungen am herrschenden System nicht tief genug gegangen sei und sie darum letztlich scheiterten. Sie brachen nicht mit der Mentalität von einseitigem Rationalismus und von der Beherrschung der Natur durch unbegrenzte Industrialisierung.

Bewohner_innen von Carûdî bei Dêrîk ernten zusammen das erste Jahr Koriander auf dem Feld ihrer Dorfkooperative (Juni 2020).

Rojava steht für ein neues Gleichgewicht zwischen rationalem Denken und Intuition ein. Um die Natur zu schützen und zu respektieren, muss man sich mit ihr emotional verbunden fühlen. Dies ist aber nicht einfach ideell gemeint, sondern diese Verbindung mit der Natur stammt aus der Praxis. Bäuer_innen bearbeiten das Land. Heiler_innen sammeln und verarbeiten Heilpflanzen zu Kräutermedizin und sorgen damit für die Gesundheit der Gemeinschaft. Familien sammeln essbare Wildpflanzen und bestellen den Gemüsegarten. Diese Bäuer_innen, Heiler_innen und selbstversorgenden Familien, die bei uns früher auch weit verbreitet waren, gibt es in Rojava noch, und sie leisten Widerstand gegen ihre Integration ins kapitalistische System.

Ein Kommandant erzählt, wie die Ernährung mit wildwachsender Malve ihren Widerstand bei der Belagerung von Kobane stärkte. Dorfbewohner_innen von Carûdî bei Dêrîk haben nach der Revolution eine Landwirtschaftskooperative aufgebaut und 2020 ihren ersten Weizen und Koriander geerntet sowie im Dorf ein kollektives System zur Bekämpfung von Feldbränden eingerichtet. Die Enkelin einer Heilerin ist Co-Verantwortliche des Frauendorfes Jinwar und baut die Naturmedizin-Abteilung der Frauenklinik mit auf. Eine Genossin der Jugend beantwortet die Frage, was für sie Ökologie sei: dass Genoss_innen sich gegenseitig ermahnen, Zigarettenstummel nicht auf den Boden zu werfen und zwar aus «Welatparêzî». Der kurdische Begriff, der aus Ermangelung eines entsprechenden deutschen Wortes oft mit Patriotismus, Nationalismus oder Heimatliebe übersetzt wird, meint vielmehr die Verbundenheit mit dem Land und der Erde und seinen Menschen. Es ist ein Aufruf diese auch zu verteidigen. Nach einem ökologischen Leben gefragt, zeigen die Genoss_innen auf die Guerilla in den Bergen und deren kollektives Zusammenleben als Vorbild.

Die Metapher der Rose

Wie alle Lebewesen, Tiere und Pflanzen müssen auch menschliche Gesellschaften sich selbst gegen Angriffe verteidigen können. Wer das Gewaltmonopol an den Staat abtritt, ist wehrlos und unfrei. Was die Dornen der Rose sind, sollen in Rojava alle gesellschaftlichen Strukturen selber übernehmen. Neben der (militärischen) Selbstverteidigung spielt die Selbstversorgung eine Schlüsselrolle. Kollektiv die eigenen Lebensmittel anzubauen und zu verarbeiten, die eigenen Häuser aus lokalen Materialien wie Lehm und Stroh zu bauen, die eigene Medizin herzustellen, selbstverwaltet demokratisch für alle Bedürfnisse der Gemeinschaft sorgen zu können – dies bedeutet ein ökologisches und freies Leben. Die Co-Verantwortlichen des Landwirtschaftskomitees des Kantons Qamişlo halten fest: «Es gibt viele feindliche Kräfte; es herrscht Krieg; aber wir fahren fort, die Arbeit der Bäuer_innen zu fördern. Sie sehen dies und es stärkt unsere Einheit.» Was den kurdischen Genoss_innen im Frauenkampf gelingt – nämlich dass er nie, auch nicht in den schwierigsten Kriegssituationen hinten angestellt wird, sondern immer als Antrieb für Schritte nach vorne dient – muss auch ein Ideal für den ökologischen Kampf sein.

Fortsetzung von Seite 1

Sie spielen auf Zeit, aber gerade Zeit fehlt

Alle stimmen der Assistenzärztin ganz selbstverständlich zu, wenn sie sagt, dass über Ökonomisierung wohl nicht debattiert werden müsse. Das sei allen im Gesundheitswesen ohnehin klar. «Alle klagen über die vollen Züge. Aber öffnet die SBB die 1. Klasse? Niemals, die Schweiz ist klassenbewusst. Nie mehr darf ein CEO in die Nähe eines Spitals kommen!» schliesst sie aufgebracht. «Ja, Gesundheit und Profit schliessen sich wirklich gegenseitig aus. Wir arbeiten in diesem Sparkorsett in einem Widerspruch. Entweder ich arbeite bis zum Umfallen oder ich vernachlässige meine Patient_innen. Ich finde das missbräuchlich.» sagt eine Pflegerin.

«Nie mehr sollen Eingriffe passieren, aus dem alleinigen Grund, dass sie ökonomisch wertvoll sind» findet die Chirurgin und die Pflegerin: «Die Pflege muss eine eigene Disziplin sein, die abrechenbar ist. Egal wie gut die OP war, du stirbst, wenn du danach nicht gepflegt wirst. Aber weil das nicht in Rechnung gestellt wird, wird da ständig gekürzt.» Die FaGe interveniert: «Und wenn wir im Altersheim versuchen, mehr Geld für einen besonders schwierigen Fall zu bekommen, dann verlangen Krankenkassen und IV Verlaufsprotokolle. Die haben dann unsere Pflegeassistent_innen geschrieben, diese haben aber keine Zeit für Protokolle und sowieso keine Ausbildung dafür, fast alle haben Migrationshintergrund und können sich nicht so gut ausdrücken. Die Krankenkassen lehnen sowieso ab!» «Immer» sagt die Pflegerin aus dem Pflegezentrum wütend. «Die Strukturen sind so hierarchisch und veraltet.» «Und ganz ehrlich: Die Strukturen sind auch auf allen Ebenen tief sexistisch.» fügt die Ärztin an.

Die andere Intensivpflegerin betont die fehlende Mitbestimmung: «Ich war sehr betroffen, dass ich für die Öffentlichkeit arbeiten gehen musste, aber nichts zu sagen hatte.»

Die Pandemie empfindet sie als noch nie erlebte Extremsituation: «Sogar die alten Hasen und Häsinnen sagen das, sowas haben sie noch nie erlebt, ein bisschen vergleichbar mit Krieg. Deshalb spreche ich auch nicht mehr von 'Burnout', ich finde das Wort 'Moral Injury' angemessener, wir leiden unter posttraumatischen Belastungsstörungen, wie die Kriegsveteranen. Die erste Welle habe ich in einem grossen Spital erlebt, das war nicht lustig, wir hatten Angst, die Ungewissheit war gross. Die zweite Welle finde ich nun noch schlimmer, weil alles aufgearbeitet wird, Betten wurden belegt und alles auf Kosten unserer Gesundheit gepusht. Das Personal wird verheizt und die Stimmung ist schlecht.» «Belastungen finden auf vielen Ebenen statt. Ich wurde z.B. als Notärztin in ein Heim gerufen, der Patient wollte auf keinen Fall ins Spital, hatte eine Verfügung. Ich habe ihn über seinen Willen hinweg hospitalisiert, weil das Personal dort die Mehrarbeit auf keinen Fall hätte verkraften können. Eine schwerwiegende Entscheidung, eigentlich unvorstellbar. Und auch die vielen Todesfälle, besonders in der zweiten Welle, jüngere Menschen sterben nach einer oftmals langen Behandlung. Es ist sehr hart.»

Widerstand

«Bewirken diese traumatisierenden Zustände denn auch Widerstand?», wollen wir wissen. «Es gibt viel Frust» lautet die lakonische Antwort. Die Intensivpflegerin schildert als Beispiel die Irrwege ihrer Forderungen: «Wir hätten uns z.B. einfach mal ein warmes Essen gewünscht während diesen 13 Stunden Schichten.» Auf die Mail an die Direktion kam die Antwort, da sei der Stadtrat zuständig, der Stadtrat verwies seinerseits auf die Direktion. Dem Kampf stehen viele Hürden im Weg, das ist klar. Einerseits die Erschöpfung und der Zeitdruck, ausserdem die Erfahrung, nichts zu sagen zu haben. Andererseits ist da die Unmöglichkeit, in diesem System, das zutiefst falsch ist, Nachhaltiges zu bewirken. Wer Gesundheit statt Profit sagt, muss mit langem Atem zu kämpfen bereit sein. Das ist viel verlangt. «Auf der einen Seite sehe ich, dass man sich schon fast ein bisschen daran gewöhnt, dass man es schon fast als Realität akzeptiert hat und viel Hoffnung auf die Impfung setzt. Auf der anderen Seite sehe ich auch viel Erschöpfung, auch dadurch, dass wir immer mehr Leute in kürzeren Abständen sterben sehen. Einige legen eine Pause ein, weil sie wirklich erschöpft sind.»

Trotz allen Hürden gibt es auch kämpferische Erfahrungen, wie eine Assistenzärztin ausführt: «Den Prozess der Entlassungen der Chefärztin der medizinischen Klinik des Spital Uster und des Chefarztes der medizinischen Klinik des Spital Bülach habe ich relativ nahe miterlebt. Es hat mir vor Augen geführt, wie alles von Ökonomisierung dominiert wird. In beiden Fällen haben sich Chefärztin und Chefarzt für das Wohl der Patient_innen und des Personals und für eine gute Medizin, wahrscheinlich für eine gründlichere Medizin, als mittlerweile standardmässig im Rahmen von stationären Abklärungen betrieben wird, eingesetzt. Es ist davon auszugehen, dass sie deshalb mit sofortiger Wirkung freigestellt wurden. Dies hat zu viel Empörung und schliesslich auch zu Reaktionen geführt. Der Berufs- und Hierarchie-Gruppen übergreifende Protest des Spital Bülach hat zwar nicht zur Erfüllung der eigentlichen Forderung, nämlich der Wiedereinstellung des Chefarztes geführt, dennoch ist bemerkenswert, dass personelle Änderungen in der Spitaldirektion und im Verwaltungsrat folgten. Auch im Spital Uster wurde die Forderung nach der Wiedereinstellung der Chefärztin laut. Es wurden Briefe an die Spitaldirektion und öffentliche Briefe versandt, um die Forderung und den Unmut kundzutun. Es hat viel Austausch über das Vorgehen gegeben. Alle Entscheidungen wurden im Team gefällt und die Briefe durch das Team der Ässistenzärzt_innen der medizinischen Klinik geschlossen unterzeichnet. Es folgten mehrere Sitzungen mit der Spitaldirektion. Ich habe erlebt, wie die Forderungen auf sehr professionellem Niveau ausgesessen wurden. Salamitaktik: da mal eine Sitzung, dort mal eine Sitzung. Sehr nette Angebote, dass man über alles sprechen könne, für alles eine Lösung finden würde. Passiert ist nichts. Am meisten ärgert mich, dass sie uns mit der Salamitaktik gekriegt haben. Schliesslich ist uns der Atem ausgegangen und wir haben uns wieder von Stress und Alltag vereinnahmen lassen.» Die Gegenwehr der Direktion spielt auf Zeit, genau das, was im Gesundheitswesen knappe Ware ist, es bricht die Dynamik der Auseinandersetzung. «Ich glaube, dass man die ersten drei Tage alles auf den Kopf stellen muss. Drei Wochen später geht das schon nicht mehr, da ist nur noch die Hälfte der Leute dabei und sechs Wochen später sind es noch die fünf Nasen, die das vorher schon wollten.»

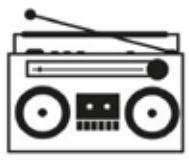
«Wie ist kämpfen jetzt möglich?» fragen wir. Auch hier fallen die Antworten unterschiedlich aus. «Ich glaube, wichtig ist, dass man im Betrieb drin ist, um Druck auszuüben. Es liegt viel Macht bei den Menschen, die am Patientenbett stehen.» «Was mich enorm inspiriert hat, waren Beispiele von Streiks aus anderen Ländern. Es braucht Leute wie uns mittendrin. Leute, die gute, kompetente Arbeit leisten und geschätzt werden. Die können anziehen und etwas in Gang bringen.» «Ich identifiziere mich extrem mit dem Beruf. Ich suche den Konflikt wirklich nicht und bin auch eher ängstlich. Und trotzdem: gerade um etwas Gutes zu machen, ist es unablässig, dass man reagiert und die Umstände nicht hinnimmt. Ich glaube, dass es Vernetzung braucht, Leute die dran bleiben, die Ideen haben und die sich trauen. Ich habe daraus gelernt und weniger Angst für das nächste Mal. Ich habe auch schon viel investiert in diesen Beruf und ich möchte gut darin sein und Gutes machen. Wehren wir uns. Wir wollen etwas zum Besseren verändern.»

Öffentliche Aufmerksamkeit als Chance

«Hat die Pandemie auch positive Seiten gehabt?» fragen wir. «Die Kollegin hat ja von Arbeit der Pflege auf Augenhöhe gesprochen. Das war in der Intensivpflege schon so. Ich habe noch nie so eine enge, intensive Zusammenarbeit erlebt wie bei COVID 19, eigentlich vor allem mit Oberärzt_innen. Auf COVID 19 waren alle Beatmungen extrem komplex.» «Das habe ich auch so erlebt» bestätigt die Assistenzärztin die Intensivpflegerin. «Es gibt so viele Krankheiten, bei welchen ich mit meiner Therapie den Krankheitsverlauf entscheidend verändern kann, nicht jedoch bei COVID 19. Da kann ich ein bisschen regulieren, aber wir kennen nichts, was heilt. Die Therapie besteht vor allem in der Unterstützung der Atmung und der intensiven Pflege.» «Und das hat dazu geführt, dass wir halt alle Hand in Hand an den Betten gearbeitet haben, für alle Umlagerungen. Da ist man immer 6 oder 7 Leute. Da waren wir eigentlich alle mit dran dabei.» Neben diesem konkreten Beispiel einer situationsbedingten Abflachung der Hierarchien, gibt es Hoffnung auf die öffentliche Aufmerksamkeit, die dem Gesundheitswesen vermehrt geschenkt wird: «Die Pandemie ist endlich eine Chance, breit zu sensibilisieren und aufmerksam zu machen und die Leute auch mitverantwortlich zu machen. Es ist unsere Gesundheit, unser Gesundheitssystem. Hoffentlich haben jetzt nach COVID alle ein Interesse daran, ein zugängliches Gesundheitssystem zu haben.» «Ich denke, die Dringlichkeit ist stark gewachsen, das ist das Positivste am Ganzen.» bestätigen andere.

Und im Anschluss an die Demo, die in Bülach stattgefunden hat und wo viele der Interviewten waren, hat sich eine spontane Gruppe gebildet. «Unser Ziel, so wie ich es verstanden habe und wie ich es auch weitertragen möchte, ist, dass wir eine Sensibilisierung der breiten Bevölkerung erzielen möchten, indem wir an die Öffentlichkeit gehen. Wir planen eine Demonstration diesen Frühling und im Vorfeld wollen wir so wertvolle Sachen wie diesen Artikel machen.» Der Kampf im Gesundheitswesen tobt nicht, aber er geht weiter und das soll er auch, wirklich zum Nutzen der Allgemeinheit. «Wenn nicht jetzt, wann dann?»

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

Der COVID19-Pandemie radikale Solidarität entgegensetzen. Wandbild des RAS in Züirch, Frühling 2020.

SOLIDARITÄT

«Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht!»

«Hoch die internationale Solidarität!» kaum eine Demo kommt ohne diese Parole aus. In Krisenzeiten, erlebt der Begriff Solidarität eine starke Konjunktur und die Anzahl an Solidaritätsforderungen und -bekundungen in der öffentlichen Debatte steigt kurzzeitig. Doch was bedeutet Solidarität für uns revolutionäre Linke eigentlich? Welches Handlungsprinzip steht dahinter?

(agf) Im Europa des 19. Jahrhunderts hat sich in Zusammenhang mit der Industrialisierung das Prinzip der Solidarität in der Arbeiter_innen-Bewegung etabliert. Der gemeinsame Kampf für bessere Arbeitsbedingungen machte Solidarität zum grundlegenden Prinzip und zum Kampfbegriff der Arbeiter_innen-Bewegung. Der in diesem Milieu und historischen Kontext entstandene Solidaritätsbegriff trägt einen kämpferischen, gesellschaftsverändernden Inhalt. Er ist scharf abzugrenzen von bürgerlicher oder kirchlicher Wohltätigkeit oder staatlich-repressiver Armenpflege. Es geht um Solidarität, die in dem Bewusstsein mündet, dass wir als Arbeiter_innen geteilte Erfahrungen von Unterdrückung und Ausbeutung haben. Die Solidarität von der wir sprechen, hat, wie an der bekannten Parole «Proletarier aller Länder vereinigt euch» im kommunistischen Manifest zu erkennen ist, zwingend internationalen Charakter. Sie impliziert ein Bewusstsein dafür, dass wir als Arbeiter_innenklasse international keine gegensätzlichen Interessen haben, sondern ein gemeinsames Interesse am Sturz der Bourgeoisie in jedem Land.

Differenzen als Motor - solidarisch Kritik üben

Dabei soll nicht negiert werden, dass sich die jeweiligen Kampfbedingungen und Lebensrealitäten auf internationaler aber auch auf regionaler Ebene stark unterscheiden. Verschiedene Unterdrückungsmechanismen wie Sexismus und Rassismus kommen zur Ausbeutung als Arbeiter_in dazu und die imperialistischen Aggressionen führen zu unterschiedlich geprägten Ausgangslagen weltweit. Es gehört zu einer zentralen Herausforderung antikapitalistischer Politik, sich der Differenzen in Bezug auf materielle Lebenslagen, Bedürfnisse, Betroffenheit von Diskriminierungsformen oder auch politischer Positionen bewusst zu sein und auf dieser Basis aber zu einer handlungsfähigen, differenzierten, vielfältigen und solidarischen Einheit zu finden.

Die Geschichte des Marxismus zeigt, dass auch wenn Interessensgegensätze gewaltige Konflikte und heftige Kämpfe zur Folge hatten, der Streit um Differenzen linke Bewegungen auch vorangebracht und gestärkt hat. Das Ausloten von Differenzen zwingt die linke Bewegung fortlaufend, die eigene Position und Perspektive infrage zu stellen, fungiert also als Korrektiv. Und nicht zuletzt hilft es uns, Unterdrückung, Diskriminierung und Hierarchien auch in den eigenen Reihen zu adressieren. Durch die Solidarität untereinander können wir Kritik aushalten, weiter lernen, und in der revolutionären Persönlichkeit wachsen.

In der kurdischen revolutionären Bewegung wurden Methoden entwickelt, die das Prinzip Solidarität mit Kritik und Selbstkritik verbindet. Die Entwicklung und gegenseitige Förderung einer revolutionären Persönlichkeit steht dabei im Vordergrund, doch ermöglicht der solidarisch-kritische Umgang auch einen kontinuierlichen gemeinsamen Prozess, in dem gegenseitiges Vertrauen entsteht. Man kritisiert, um seine Genoss_innen weiterzubringen. Die Grundlage für eine solche positive Dynamik der Kritik sind politische Einheiten auf Grund von gemeinsamen Zielen. Was diese Einheiten sind, muss in der Praxis – insbesondere in breiteren Bündnissen – zuerst einmal ausgehandelt werden. Wird dem zu wenig Beachtung geschenkt, folgen Brüche und Spaltungen, welche die Bewegungen als Gesamtes schwächen. Entsprechend ist ein Konzept von Solidarität unabdingbar für einen langanhaltenden Widerstand und für einen revolutionären Weg.

Genoss_innenschaftliche Liebe

Die sowjetische Revolutionärin Alexandra Kollontai sprach davon, dass die zukünftige Gesellschaft, die auf Solidarität und Zusammenarbeit beruht, über ein hochentwickeltes «Liebespotenzial» verfügen muss, d.h. zum Empfinden gegenseitiger Sympathie fähig sein muss. Solidarität kann ihrer Meinung nach nicht von langer Dauer sein, wenn solche Empfindungen nicht vorhanden sind. Daher muss es ein zentraler Punkt unserer alltäglichen politischen Praxis sein, die Anteilnahme an den Leiden und Bedürfnissen anderer Klassenmitglieder und das Bewusstsein der Verbundenheit mit den Genoss_innen des Kollektivs, zu stärken. All diese «Empfindungen gegenseitiger Sympathie» – Sensibilität, Mitgefühl, Verständnis – entspringen nach Kollontai «einer gemeinsamen Quelle: der Fähigkeit zu lieben». «Liebe», so schreibt sie weiter, «ist eine seelische Emotion (ein Gefühl) mit verbindendem und folglich organisierendem Charakter».

Bei der feministischen Marxistin Frigga Haug können wir lesen, dass es den als Frauen sozialisierten Menschen von jeher zugeschrieben wird, Gruppen zusammenzuhalten, Kollektive zu stiften und daran zu arbeiten, dass sie zusammenbleiben. Das geht von der Stammesgruppe bis in unsere Kleinfamilien. So besetzen Frauen nach Haug ein «illusionäres Gemeinwesen», in dem sie gleichwohl ein Verhalten und Handeln ausbilden, das für ein zukünftiges Gemeinwesen brauchbar ist. Diese genannten Fähigkeiten bilden zwar die Grundlagen von Solidarität, sind aber stets eine zweideutige Sache. Wie schon Kollontai Anfang 1900 sagte, werden diese Fähigkeiten in unserer Gesellschaft, zurückgezogen auf die Kleinfamilie, korrumpiert und ins Gegenteil verkehrt. Liebe wird dann zur patriotischen, vaterländischen Liebe oder sie verkümmert in der Kleinfamilie wo sie in Form von gratis Reproduktionsarbeit ausgebeutet wird. Es kommt darauf an, die in der Unterdrückung historisch gewonnenen und angeeigneten sozialen Stärken zu verallgemeinern und transformatorisch einzusetzen. Kämpfen wir gemeinsam für Verhältnisse, in denen solche Haltungen wirksam werden können, ohne zugleich zu fesseln! Die damit verbundene Hoffnung, die EU könne auf eine eigenständige militärische Struktur verzichten, wies Macron entsprechend harsch als «Fehlinterpretation der Geschichte» zurück.

KOMMENTAR

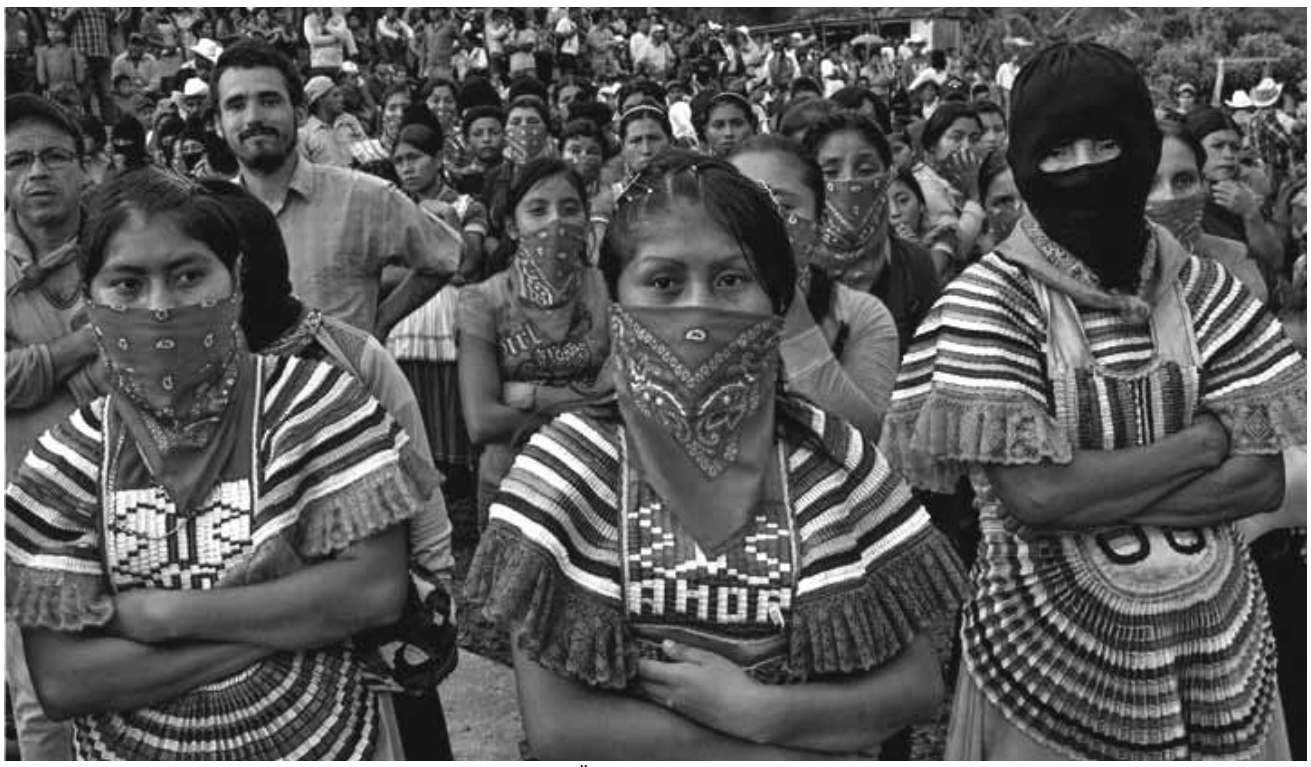
Kämpfen lohnt sich

(fk) 1893 forderte der schweizerische Arbeiterinnenverband erstmals offiziell das Stimm- und Wahlrecht für Frauen. Es sollte jedoch noch beinahe 80 Jahre und unzählige Massenmobilisierungen lang dauern, bis es endlich auf Verfassungsebene – im Jahr 1971 (!) – eingeführt wurde. 2021 nun feiern wir dessen 50-jähriges und zugleich auch das 30-jährige Jubiläum des ersten Frauenstreiks 1991. Dass angesichts dieses Jubiläums, wie auch im Frauenstreik 2019, noch immer dieselben Forderungen wie «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» und die Aufwertung gratis geleisteter Reproduktionsarbeiten laut werden, wirkt desillusionierend. Es zeigt sich darin glasklar, dass der Kampf um formale Rechte ohne Klassenkampf ins Leere läuft. Die formale Teilhabe an der bürgerlichen Demokratie ändert nichts an der grundsätzlichen Ausbeutung und Unterdrückung im patriarchalen Kapitalismus: Auch über die letzten 50 Jahre hat sich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Lohnarbeit und zu Hause hartnäckig gehalten. Nichtsdestotrotz lässt sich an der Geschichte vom Gleichstellungsartikel hin zum Frauenstreik aber auch zeigen, wie wichtig das Erkämpfen von Rechten und Anerkennung sind. Gerade insofern, als dadurch die Widersprüche des herrschenden Systems mit seinem leeren Versprechen der Gleichheit aller aufgezeigt werden kann und die Kämpfenden die Erfahrung machen, dass sie gemeinsam etwas verändern können. Solche Etappensiege sind im Rahmen einer revolutionären Strategie wichtige Zwischenschritte und öffnen Räume für die weiteren Kämpfe. Wie wichtig die kleinen Schritte auch heute sind, lässt sich am Einfluss des erstarkten Frauenkampfes in den öffentlich geführten Debatten sehen. Dass während der ersten Corona-Welle Solidaritätsbekundungen gegenüber der Pflege laut wurden, und Diskussionen um die frauenspezifischen Auswirkungen des Lockdowns – Doppelbelastung, häusliche Gewalt etc. – ihren Weg in die Mitte der Gesellschaft fanden, ist wohl als Verdienst des erfolgreichen Frauenstreiks 2019 zu bewerten. Angesichts der Verschlechterung unserer Lebensbedingungen im Zuge von Corona und einer Pandemiepolitik, welche zuallererst dem Kapital und seinen Besitzenden dient, gilt es weiterzukämpfen. Um Orientierung, Motivation und Bewusstsein dafür zu behalten, hilft neben einem historischen Blick auf siegreiche Kämpfe in der Schweiz auch ein internationalistisches Bewusstsein: Im Dezember wurden in Argentinien Abtreibungen endlich straffrei. Dies ist ein Resultat der jahrelang an Stärke gewinnenden Frauen/FLINT-Bewegung, welche unter dem Namen «Revolution der Töchter» Hunderttausende auf die Strasse mobilisierte. 2018 war eine ähnliche Vorlage noch vom Parlament abgelehnt worden, 2020 musste es sich dem Druck der Strasse beugen. Ähnliches geschieht in Polen, wo ebenfalls Massenmobilisierungen der Verschärfung des Abtreibungsrechts wieder und wieder entgegenstehen. In Rojava stellen sich die Frauen an vorderster Front dem Faschismus entgegen und verteidigen ihre Revolution. Und fernab der internationalen Beachtung kämpfen in Indien zehntausende maoistische Guerillas – 45% davon Frauen – und verteidigen ihren Boden und ihre Gemeinschaft erfolgreich gegen die Rohstoffkonzerne und den zunehmend faschistisch geprägten indischen Staat. Weltweit kämpfen Frauen und FLINT-Personen tagtäglich für bessere Lebensbedingungen, sie öffnen Raum für Neues, fragen sich wie sie leben wollen und entwickeln sich gemeinsam weiter. In diesem Sinne: Auf die Strasse zum internationalen Frauenkampftag!

ZAPATISMUS

«Preguntando caminamos» – «Fragend gehen wir voran»

Den Kapitalismus zerstören, um die Menschheit zu retten. Mit diesem Aufruf reist eine Delegation Zapatistas im Sommer 2021 nach Europa..



Über 800 Teilnehmerinnen beim ersten Treffen der Frauen, die kämpfen 2019.

(rabs) Eine Gruppe, meist Indigene, meist Frauen, aus verschiedenen südmexikanischen Bundesstaaten bricht 27 Jahre nach dem Beginn des bewaffneten Aufstands im südmexikanischen Chiapas, 20 Jahre nach dem Marsch der Indigenen auf Mexiko Stadt und 500 Jahre nach der Eroberung Mexikos durch spanische Truppen zu einer Reise durch Europa auf. Ihr erstes Ziel ist denn auch Spanien. Die Reise gehen sie nicht per Flugzeug an, sondern in eigenen Schiffen.

Zapatistas?

In der mexikanischen Revolution leitete Emiliano Zapata ab 1911 die revolutionären Truppen des Südens, die grösstenteils aus besitzlosen Landarbeiter_innen bestand. Politisch stand Zapata der anarchosyndikalistischen Position der frühen 1900er Jahre nahe. Den Ruf nach «tierra y libertad», Land und Freiheit, verstand er auch als Ruf nach einer Revolution, die über einen Sturz der Regierung hinaus ging.

Mehr als ein halbes Jahrhundert später griffen Revolutionär_innen im Süden Mexikos diesen Ruf und den Namen Zapatas wieder auf. In Chiapas formierte sich erneut eine zapatistische Armee. Chiapas ist einer der ärmsten Bundesstaaten Mexikos, und hat einen grossen Anteil indigener Bevölkerung. Etwa ein Drittel der Bevölkerung spricht mindestens eine der über 50 indigenen Sprachen, die Alphabetisierungsrate ist die niedrigste von ganz Mexiko.

Am 1. Januar 1994 begann die Zapatistische Armee der nationalen Befreiung (EZLN, ejército zapatista de liberación nacional) den bewaffneten Kampf. Der Zeitpunkt war nicht zufällig gewählt: An jenem Tag trat das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA in Kraft. Sieben Städte in Chiapas wurden von den oft miserabel ausgerüsteten Aufständischen, vermummt mit schwarzen Mützenmasken oder bunten Tüchern, besetzt, obwohl die Armee schnell zurückschlug.

Schon zehn Jahre zuvor hatten die Zapatistas mit der Mobilisierung und der politischen Arbeit begonnen. 10 Jahre lang mobilisierten sie in den Dörfern, spannten ein eng gewobenes Netz von Unterstützer_innen, vor allem in den ländlichen Gegenden und mobilisierten Kämpfer_innen. Nach 12 Tagen zogen sich die Bewaffneten aus den Städten zurück in die Wälder und die Dörfer, wo sie sich im vorangegangenen Jahrzehnt eine Basis aufgebaut hatten.

Der bewaffnete Kampf trat bald in den Hintergrund, der Fokus lag auf dem Aufbau selbstverwalteter Zonen. In den fünf «Aguascalientes» wurde in den 90ern politisiert. Zu Beginn der 2000er traten die «Caracoles» («Schneckenmuscheln») an ihre Stelle. Darin tagen die «Juntas de buen gobierno», die «Räte der guten Regierung», die nochmal verstärkt auf die zivile Organisierung setzen. Die Leistungen dieser zivilen zapatistischen Strukturen, Bildungseinrichtungen, Gesundheitszentren, stehen allen offen. Die EZLN existiert weiter als militärische Struktur, die die zapatistischen Gebiete gegen Angriffe durch das Militär und paramilitärische Einheiten verteidigt. In den letzten Jahren war es ruhiger geworden um die bewaffneten Kämpfer_innen.

Freiheit, Land, Würde

Auch in den befreiten zapatistischen Zonen herrscht noch bittere Armut. Die Zapatistas kämpfen dafür, dass das Land denen gehört, die es bearbeiten. Mit dieser eigentlich ziemlich banal scheinenden Forderung stellen sie Grossgrundbesitz grundsätzlich in Frage. Nicht nur landwirtschaftlich genutztes Land ist umstritten. Das bergige und wasserreiche Gelände im südlichen Mexiko eignet sich für Staudämme und Minen. Gegen solche Privatisierungsprojekte kämpfen die Zapatistas an und arbeiten dabei eng mit anderen Bewegungen der Region zusammen. Inhaltlich beziehen sie sich dabei einerseits auf die ökologischen Auswirkungen solcher Projekte, andererseits auf indigene Kämpfe für Selbstbestimmung, für die neben dem Land auch die Würde ein zentraler Begriff ist («tierra y dignidad»).

Die Würde zählt viel einem Land, in dem im Jahr 2020 über 770 Feminizide begangen wurden, also über 770 Morde an Frauen. Diese Zahl ist nicht einmal besonders hoch, in den zwei vorangegangenen Jahren waren es noch mehr. In einem Communiqué von Oktober 2020 schreiben die Zapatistas, diese Morde an Frauen folgten keiner anderen kriminellen Logik als jener des Systems. Gegen Misogynie kämpfen sie auch in den befreiten Dörfern an. Unter den bewaffneten Kämpfer_innen der EZLN sind viele Frauen, legendär wurde Comandanta Ramona. Die Frauen, die aus den Dörfern weg in den bewaffneten Kampf zogen, konnten ein anderes, befreiteres Leben leben als ihre Nachbarinnen, Schwestern, Freundinnen. Durch ihr Vorbild konnten sie das Selbstverständnis von Frauen in den Befreiten Gebieten verändern. Am 8. März 2020 streikten auch die Zapatistinnen.

Lokal und internationalistisch zugleich

Ihren Widerstand verstehen die Zapatistas lokal verankert, aber auch international, ja sogar «intergalaktisch». Zu mehreren «intergalaktischen Treffen» haben sie bereits aufgerufen, zu denen besonders während des Aufschwungs der Antiglobalisierungsbewegung, zu Beginn der 2000er, Militante aus aller Welt strömten. Der Anspruch an Internationalismus ist auch an den zahlreichen Übersetzungen zu sehen, die für fast alle zapatistischen Communiqués und Texte vorhanden sind. Solidarität mit Befreiungskämpfen weltweit, mit Baskenland, mit Palästina oder mit Rojava bringen sie ganz selbstverständlich zum Ausdruck.

Politische Arbeit ist in Zeiten von Corona nicht einfach. Grosse Versammlungen sind nicht machbar. Die Caracoles haben seit März 2020 ihre Aktivitäten eingeschränkt. Zum Jubiläum des Aufstands Anfang Jahr gab es eine Videoübertragung. Mindestens 12 Militante der EZLN sind bis Ende 2020 an Corona gestorben.

In der Ankündigung ihrer Reise im kommenden Sommer beziehen sich die Zapatistas in ihrem Communiqué auf ihre vielfältigen und zahlreichen Identitäten. Trotz den vielen Differenzen formulieren sie eine klare Einheit. Schuld an der Gewalt gegen Frauen, an den Verschwundenen, an Rassismus, Militarismus, Ausbeutung oder der Zerstörung der Natur ist der Kapitalismus. «Es ist nicht möglich, dieses System zu reformieren, zu erziehen, abzumildern, zurechtzufeilen, zu zähmen, zu humanisieren». Daraus leite sich direkt die Verpflichtung ab, zu kämpfen. Denn: «Das Überleben der Menschheit hängt von der Zerstörung des Kapitalismus ab».

ANTIFA

Basel Nazifrei – eine Zwischenbilanz

Basel Nazifrei ist sicher eine der erfolgreichsten politischen Kampagnen, die Basel in den letzten Jahrzehnten gesehen hat. Wir ziehen eine Zwischenbilanz.

(rabs) Den Antifaschismus stärken und sich gemeinsam gegen die staatliche Repression gegen Antifaschist_innen wehren, das sind die wichtigsten Ziele der Basel Nazifrei-Kampagne. Man kann sicher ohne zu übertreiben sagen, dass diese Ziele erreicht wurden. Seit Beginn der Prozessserie im Sommer 2020 ist Basel Nazifrei in den Strassen Basels und im Bewusstsein der Bewohner_innen präsent. Die Kampagne schaffte es, mit politisch klaren Inhalten – der Dringlichkeit antifaschistischen Handelns in einer Zeit der Krise, in der tendenziell faschistische Kräfte erstarken – breit zu mobilisieren und viele Menschen zu politisieren. Gerade junge Menschen sprach die Kampagne an, Menschen, die sich bewusst sind, dass unsere Gesellschaft in einer tiefen Krise steckt und es wichtig ist, sich gegen rechte Tendenzen zu wehren.

Ein wichtiger Teil der Kampagne ist die Begleitung der Angeklagten. Einerseits wurde eine Plattform geschaffen, in der sich die Betroffenen untereinander austauschen und absprechen konnten. Andererseits waren die Mobilisierungen vors Strafgericht trotz der meist frühen Morgenstunde immer gut besucht, was zeigt, dass die Antifaschist_innen wissen, dass zwar einzelne vor Gericht stehen, wir aber alle gemeint sind. «Dass vor meinem Prozess 50 solidarische Menschen vor dem Gericht standen, gab mir Kraft für den Prozess. Ich wusste, ich bin nicht alleine», gibt ein Angeklagter zu Protokoll. Dies ist um so wichtiger, als dass eine harte Repressionskeule abgeschwächt werden muss, wurden doch die meisten Angeklagten zu hohen (meist bedingten) Gefängnisstrafen verurteilt.

Dass die Anwält_innen auch miteinander kommunizieren und sogar öffentlich Stellung nahmen, um aufzuzeigen, dass das Gericht befangen und faire Prozesse nicht möglich sind, ist ein weiterer positiver Aspekt. Der Kontakt ermöglichte, dass Anwält_innen von ihren Kolleg_innen für ihre Verteidigungsstrategie profitieren konnten.

Eine nie dagewesene Spendenkampagne, die noch immer am Laufen ist (www.500k.ch), hilft nicht nur mit, die horrenden Prozesskosten zu decken, sondern wirkt auch als Verstärkerin der Anliegen der Kampagne.

Viele der Prozesse sind durch, etwa zehn stehen jedoch noch an. Dazu kommen noch einige, die ihre Urteile vors Appellationsgericht weiterziehen. Basel Nazifrei ist schon nur deshalb nicht vorbei. Vor allem aber, weil der Kampf gegen Nazis und rechte Tendenzen leider nie beendet sein wird. Wir können sogar davon ausgehen, dass antifaschistischer Widerstand in den nächsten Jahren immer wichtiger werden wird. Daneben gilt es natürlich aber auch, Perspektiven für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus, für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung aufzuzeigen.

Wie so oft leidet der afrikanische Kontinent am meisten unter der globalen Gesundheitspolitik der reichen Industrienationen.

COVID

Das Impfdesaster

Die reichen Industrienationen verteidigen die Profite ihrer Pharmaindustrie auch in Zeiten einer globalen Pandemie und tragen so schlussendlich zu ihrer Verlängerung bei.

(agw) In der Schweiz und in vielen anderen Staaten sind zum Jahreswechsel die Corona-Impfkampagnen angelaufen. Während Impfgegner_innen über Impfzwang diskutieren und bereits den ersten Impftoten gefunden haben wollen, stellt der Impfstart für viele das Licht am Ende des Tunnels dar, die Hoffnung darauf, endlich zur viel beschworenen «Normalität» zurückkehren zu können. Wie schnell die unterschiedlichen Staaten ihre Bevölkerung impfen, ist längst zum Gradmesser für Regierungschefs geworden. Die Schweiz befinde sich dabei im oberen Mittelfeld, während Israel sich den Titel als Impf-Weltmeister gesichert habe.

Die Ungleichverteilung der Impfstoffe

Während Liberale zu Beginn der Pandemie mit leeren Worthülsen wie «Vor dem Virus sind alle gleich» und «Wir stehen als Weltgemeinschaft dem Virus gegenüber» um sich warfen, offenbarten sie ihr wahres Gesicht doch ziemlich schnell. Zwar ging ein Aufschrei um die Welt, als Donald Trump klarmachte, dass sein Motto «America first» auch für die Verteilung der Impfstoffe gelte. Wenig überraschend setzte sich Trumps Motto durch. Auch Deutschland und die EU handelten analog dazu nach dem Grundsatz «Europe first» oder «Germany first».

Öffentlich stellte sich Deutschland zwar hinter die Covax-Initiative, die eine faire globale Verteilung der Impfstoffe fordert, dennoch handelten Deutschland und die EU bilaterale Verträge mit den Herstellern aus. Das Ergebnis daraus stand bereits im September letzten Jahres fest. Die reichen Industrieländer, also etwa 13% der Weltbevölkerung, hatten sich mehr als die Hälfte der verfügbaren Impfstoffe gesichert. Die EU konnte sich ca. 2 Milliarden und die USA bis zu 2.6 Milliarden Impfdosen versorgen. Die Impfallianz Covax bleibt hingegen mit circa 700 Millionen Impfstoffen meilenweit hinter diesen Zahlen zurück. Davon sind gut 220 Millionen Impfdosen für den afrikanischen Kontinenten vorhergesehen. Das heisst, es können gerade einmal 110 Millionen der 1.3 Milliarden Menschen immunisiert werden. Die Konsequenz daraus wird eine Verlängerung der Pandemie sein. Gemäss einer Studie des Global Health Innovation Center der Duke University werden Milliarden von Menschen bis 2023 oder 2024 auf eine Impfung warten müssen. Aktuell wurden auf dem afrikanischen Kontinent 0.01% der Bevölkerung geimpft.

Ein weiteres Problem besteht in der Lagerung der Impfstoffe. Die mRNA Impfstoffe von Pfizer/Biontech und Moderna müssen bei Temperaturen zwischen minus 70 und 80 Grad gelagert werden. Mit Südafrika und Nigeria sind gerade einmal zwei afrikanische Staaten dazu in der Lage. Die Hoffnungen wurden folglich in den Impfstoff von AstraZeneca gesetzt, welcher bereits bei Kühlschranktemperaturen gelagert werden kann. Jedoch hat AstraZeneca eine Lieferung an die Afrikanische Union im Jahr 2021 bereits ausgeschlossen mit der Begründung, der Impfstoff sei ausverkauft.

Patentschutz und «geistiges Eigentum»

Ähnlich den Staaten gelobten auch die Pharmafirmen öffentlich, dass sie ihre Verantwortung wahrnehmen werden und einen fairen Zugang zu Medikamenten und Impfungen bereitstellen würden. Ein protokollierter Anruf vom 9. März 2020 zwischen dem EU-Gesundheitskommisar und der EFPIA (European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations) legt offen, dass die EFPIA es vorziehen würden, die neuen Medikamente und Impfungen über die üblichen Kanäle zu verteilen. Mit den «üblichen» Kanälen meinen sie Preisverhandlungen auf bilateraler Ebene, was der Pharma höhere Preise und das Unterlaufen von Preistransparenz ermöglicht. Bezüglich Preisen und Zugangsregelungen wollten sie denn auch keine Beschränkungen akzeptieren.

Der wohlhabende Westen verteidigt das Geschäftsmodell seiner Pharmaindustrie selbst in Zeiten einer globalen Pandemie, indem er das «geistige Eigentum» an den Impfstoffen und Medikamenten schützt. So wird die Herstellung von günstigeren Generika, die insbesondere den ärmeren Ländern nützen würde, vereitelt. Statt einer offenen Wissenschaft und freiem Technologietransfer zur Bewältigung der globalen Pandemie werden Behandlungen, Impfstoffe und Produktionstechnologien in «geistiges Eigentum» verwandelt.

Der Grund, wieso in nur zehn Monaten eine Covid-Impfung entwickelt werden konnte, ist die jahrzehntelange Forschung an öffentlichen Instituten und Universitäten zu Impfstoffen und insbesondere zur Grundlagenforschung von mRNA-Impfungen. Das Biotechnologieunternehmen Biontech kaufte sich anschliessend Rechte an dieser Forschung, entwickelt diese weiter und hält heute die wichtigen Patente darauf. Diese teilt sie sich exklusiv mit dem Pharmakonzern Pfizer. Die Pharmakonzerne steigen meist im letzten Schritt der Entwicklung von Impfstoffen ein. Dann nämlich, wenn es darum geht, relativ teure Studien zu organisieren. Später sind sie es, die sich um Zulassung, Produktion, Vertrieb sowie rechtliche Fragen kümmern. Sie entscheiden also wer, wieviel, wovon und wo produziert.

Wenn gefordert wird, dass Impfungen umsonst oder billiger sein sollten, dann melden sich die Kapitalisten und sagen, dass dies nur dazu führen würde, dass Pharmaunternehmen noch weniger oder gar nichts mehr in Impfungen und Medikamente für ärmere Länder investieren würden. Die Firmen sind schliesslich ihren Aktionären und nicht der Weltgemeinschaft verpflichtet. Sie haben ein Interesse, die Preise hochzuhalten.

Wer jetzt aber glaubt, dass die Pharmaunternehmen die Entwicklung der Corona-Impfstoffe bezahlt hätten, der täuscht sich natürlich. Die US-Firma Moderna beispielsweise hat für die Entwicklung ihres Impfstoffes rund 1 Milliarde Dollar erhalten. Selbstverständlich wird der Impfstoff aber nicht zum Selbstkostenpreis abgegeben. Vielmehr werden die Kosten, die für die Entwicklung anfallen, durch öffentliche Gelder bezahlt, während den Pharmaunternehmungen danach hohe Gewinnen zufallen, frei nach dem Motto: Kosten kollektivieren, Gewinne privatisieren! Die Vorstellung, dass ein vernünftig verwalteter Kapitalismus in solchen Notfällen wie einer globalen Pandemie mal das Profitstreben aussetzen könnte, bleibt Phantasie.

Pharmaindustrie vergesellschaften, alles andere ist Quark

Die globale Impfpolitik ist eine Katastrophe, die in vielen Regionen der Welt hunderttausende Menschenleben fordern wird. In vielen Staaten dürfte Ende 2021 nicht einmal das Pflegepersonal geimpft sein. Die Schuld an diesem Versagen haben eindeutig die westlichen Staaten auf der Nordhalbkugel, allen voran die USA und die EU. Neben den ärmeren Ländern, die diese Politik hart treffen wird, dürfte diese sich aber auch als Schuss in den Rücken der westlichen Bevölkerung herausstellen. Die dadurch verursachte Verlängerung der Pandemie in vielen Regionen der Welt erhöht die Chance auf verschiedene Mutationen des Coronavirus, die zweifellos auch immer wieder in die westliche Welt gelangen werden.

Langsam mehrt sich die Kritik an der Ungleichverteilung der Impfstoffe. NGOs wie Amnesty International oder Ärzte ohne Grenzen fordern, dass Patente am Impfstoff kurzzeitig ausgesetzt werden, damit Impfstoffe auch für ärmere Staaten erschwinglich sind. Natürlich ist das mehr als nötig. Eine kurzfristige Aussetzung des Patentschutzes, würde diese auch tatsächlich realisiert, wäre allerdings nicht mehr als Symptombekämpfung. Auf dieselbe Weise machte und macht die Pharmaindustrie mit anderen Krankheiten ihr Geschäft und stellt so die Gesundheit der Menschen aufs Spiel.

Auch die Impfallianz Covax, die eine gemeinsame Beschaffung von Impfstoffen anregte, ist nicht die Lösung aller Probleme. Sie richtet sich nämlich nicht gegen die grundlegenden Probleme. So verbleiben die darauf angewiesenen Staaten in der Rolle der Bittsteller und auf philanthropische Reflexe aus den reichen Industrienationen angewiesen.

Die einzige ernsthafte Antwort auf das Impfstoffverteilungsdesaster kann nur die Vergesellschaftung der Pharmaindustrie sein. Denn nur dadurch wird es möglich werden, wirklich nach Bedürfnissen zu produzieren und die Gesundheit über die Profite zu stellen.

Davon ist man momentan allerdings meilenweit entfernt. Wahrscheinlicher ist, dass sich die Katastrophe weiter zuspitzt. Da Europa weit mehr Impfstoffe reserviert hat, als sie brauchen werden, könnte es sein, dass trotzdem noch ein paar Brosamen zur Verteilung an ärmere Länder übrigbleiben. Wer dann zum Zug kommt, wird wohl auch politisch entschieden werden. Wenn man an die EU denkt, dann ist es sehr gut möglich, dass die Verteilung des Impfstoffes an Vorgaben geknüpft wird. Beispielsweise, dass andere Staaten mehr gegen die Migration nach Europa unternehmen müssen, um berücksichtigt zu werden.

ANTI-BABY-PILLE

Doch keine so magische Pille

Die Zulassung der Antibabypille vor sechzig Jahren wird gerne als Bedingung der sexuellen Befreiung gefeiert. Doch die Geschichte der Pille ist von Sexismus, Rassismus und Hass gegen die Armen geprägt; mit Kontinuitäten bis heute.

(agj) Bei der Entwicklung der Antibabypille spielte die US-amerikanische Pflegerin Margaret Sanger (1879–1966) eine massgebliche Rolle. Dass sie sich als Feministin sah, sollte nicht über ihr menschenverachtendes eugenisches Gedankengut hinwegtäuschen. In den 1910er-Jahren begann sie, zu Verhütungsmethoden zu beraten und zu publizieren. Da das Comstock-Gesetz jegliche Information zur Schwangerschaftsverhütung verbat, musste sie 1914 vorübergehend nach Europa fliehen, wo sie auf die Theorie des britischen Ökonomen Thomas Malthus stiess.

Malthus (1766–1834) behauptete, dass die Bevölkerung stärker zunähme, als es die natürlichen Lebensgrundlagen zuliessen und dass die daraus erwartete Lebensmittelknappheit das friedliche Zusammenleben der Klassen gefährde. Sein Drohszenario einer Überbevölkerung schürte die Angst der Bourgeoisie vor aufbegehrenden, verarmten Massen und bildete den Nährboden für nationalsozialistische Rassenhygiene bzw. Eugenik. Überzeugt von Malthus' Theorie, vertrat Sanger die Position, dass „untüchtiges" Leben verhindert, also die Fortpflanzung „degenerierter Menschen" unterbunden werden müsse. „Untüchtig" waren in ihren Augen Arme, People of Colour (POC), Gefängnisinsass_innen (obwohl sie selber Gefängniserfahrung hatte) sowie Menschen mit Behinderung und Erbkrankheiten. 1921 gründete Sanger die American Birth Control League u.a. mit dem Ku-Klux-Klan-Mitglied Lothrop Stoddard.

Zwangsversuche an armen, oft POC Frauen

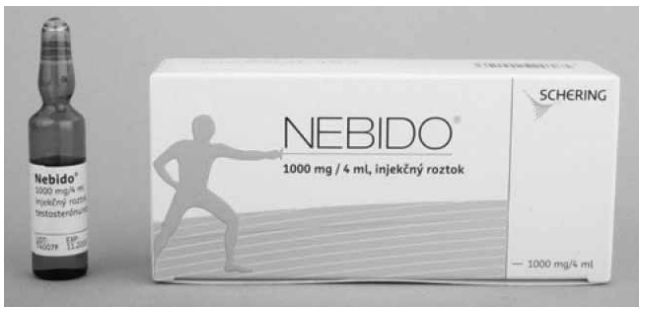
Über das finanzstarke globale Netzwerk der Geburtenkontrollbewegung mit rassistischen Tendenzen lernte Sanger 1951 den Biologen Gregory Pincus (1903–1967) kennen. Mit Pincus' Wissen und Sangers Kontakten wurde der Traum der Antibabypille sehr real und greifbar. Pincus suchte eifrig nach einem Wirkstoff und wurde fündig. Da Forschung an Verhütungsmitteln in den USA verboten war, führte das Team die Pillentests verdeckt durch. Neben Patientinnen von psychiatrischen Kliniken, welche nicht über die Tests informiert wurden, wurden auch Studentinnen aus armen Verhältnissen in Puerto Rico gezwungen, den Wirkstoff einzunehmen unter Androhung, die Abschlussprüfungen nicht zu bestehen.

1957 wurde die Pille Enovid in den USA als Medikament gegen Menstruationsbeschwerden zugelassen und 1960 als erstes orales Verhütungsmittel für ältere verheiratete Frauen, die bereits viele Kinder hatten. Wenig später folgte die Zulassung in weiteren Ländern. Unverheiratete Frauen konnten sich den Zugang zur Pille erst in den 1970er-Jahren erkämpfen. Mit dem kalten Krieg drehte der Wind bei den Herrschenden, und die Pille gewann an Akzeptanz: Die erzkonservativen religiösen Gegner_innen von Verhütung verloren an Einfluss, während die Angst vor dem sozialistischen Block und den Befreiungskämpfen in den Kolonien sowie die immer offensichtlichere Umweltzerstörung neuerlich malthusianischen, neokolonialen Positionen Aufwind verlieh, die Geburtenkontrolle vor allem im Trikont befürworteten.

Nebenwirkungen für Frauen zumutbar, aber für Männer nicht?

Heutzutage verhüten 33% der Frauen in der Schweiz hormonell. Oft preisen Ärzt_innen die Pille fast schon als Lifestyleprodukt an und versprechen „schöne" Nebeneffekte wie reine Haut, volles Haar und grösseren Brustumfang, ohne auf Risiken und Alternativen einzugehen. Die Pharmaindustrie vermarktet hauptsächlich die neueren Pillen der dritten und vierten Generation. Diese bringen mehr Profit, aber auch ein doppelt so hohes Thromboserisiko als die Pillen der zweiten Generation. Dass hunderte Frauen daran sterben mussten, kümmert weder die Pharmafirmen noch die staatlichen Zulassungsbehörden.

Expert_innen gehen davon aus, dass die Pille nach heutigen Medikamententeststandards nicht mehr neu zugelassen werden dürfte. Denn die starken Nebenwirkungen lassen sich bei der Verschreibung bei gesunden jungen Frauen schlecht rechtfertigen. 2011 brach die Weltgesundheitsorganisation WHO vorzeitig einen Versuch einer hormonellen Verhütungsspritze für Männer ab, da 10% der Teilnehmer über Depressionen, Gewichtszunahme und veränderte Libido klagten. Laut dem an der Studie beteiligten Arzt Michael Zitzmann «stellt offensichtlich die Gestagen-Komponente, die sich auch in den Verhütungspillen für Frauen befindet, die Ursache für die Nebenwirkungen der Männer-Spritze dar.» Da diese Hormonspritzen bereits zur Behandlung von Testosteronmangel zugelassen sind, fährt



Die Pille für den Mann – wie die Testosteronspritze Nebido – könnte es längst geben, wenn bei den Nebenwirkungen nicht mit anderen Massen als bei Frauen gemessen würde.

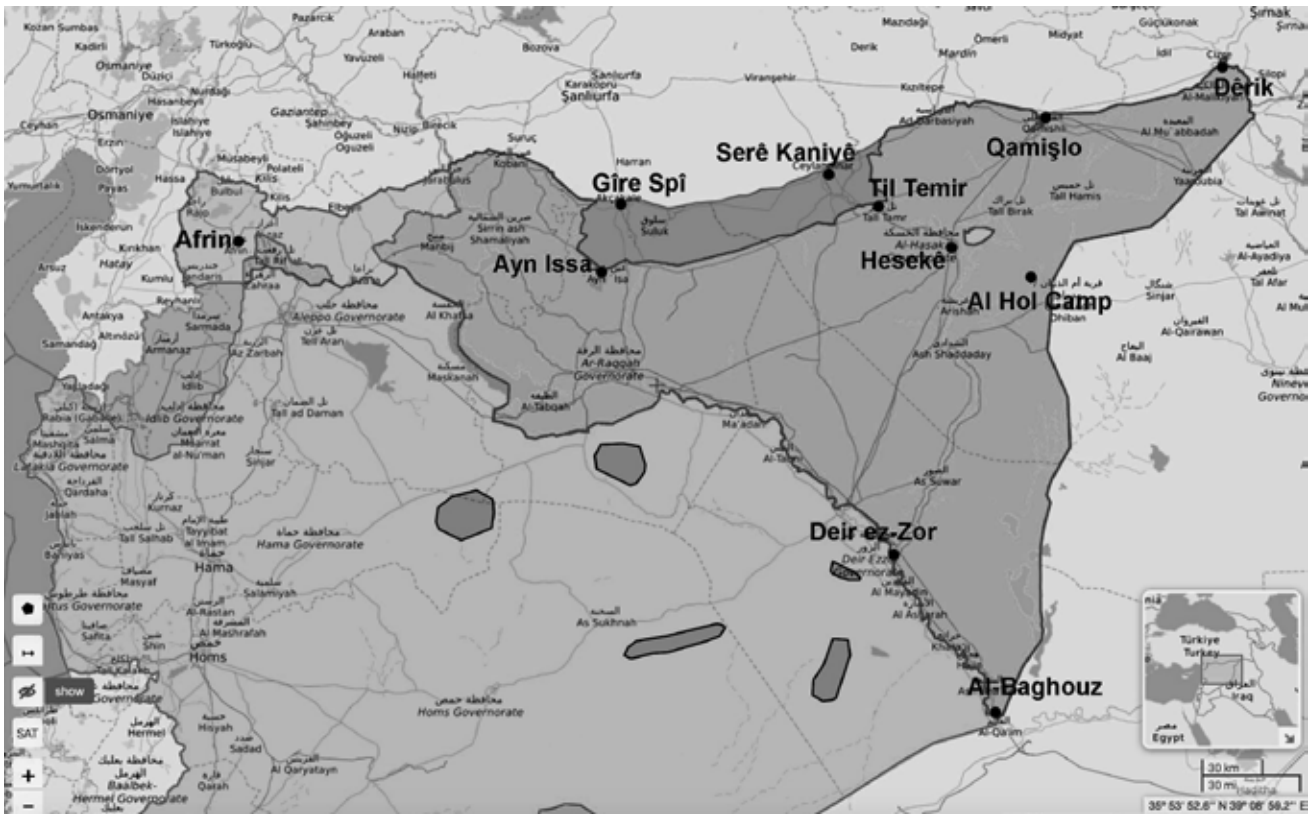
Zitzmann fort: «Eigentlich könnte heute jeder Urologe die Hormonspritze Nebido im sogenannten off label use als Verhütungsmittel beim Mann verabreichen. Eine schöne Verpackung, ein eingängiger Name und eine ordentliche Werbekampagne und fertig wäre das Produkt.» Denn die Wirksamkeit ist seit Jahrzehnten erwiesen. Warum gibt es also keine Pille für den Mann? Weil die Pharmaindustrie gut an den Frauen verdient und die staatlichen Zulassungsbehörden argumentieren, für Frauen seien die Nebenwirkungen gerechtfertigt im Verhältnis zu den negativen Folgen einer ungewollten Schwangerschaft. Aber «um einem gesunden Mann eine Arznei zur Verhütung einer Schwangerschaft bei einer Frau zu verabreichen, bräuchte es grünes Licht von der Ethikkommission», argumentiert Maik Pommer vom deutschen Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte.

Es würde auch ganz anders gehen

Während die bürgerliche Gesellschaft Frauen weiterhin allein lässt mit Verhütung und Kindern, war China lange führend bei Vasektomie, Indien möchte bald ein Verhütungsgel für die Samenleiter zulassen und indigene Männer aus Papua verwenden schon seit Jahrhunderten Tee aus der Pflanze Gendarussa, an der nun in Indonesien wieder geforscht wird. Wäre bei uns nicht in Klassenkämpfen von oben während Jahrhunderten das traditionelle Wissen gewaltsam (u.a. bei den Hexenverfolgungen) vernichtet worden, wären wir heute nicht so abhängig von der Pharmaindustrie. Und abgesehen von Verhütung: Bei kollektiver Verantwortung für die Kinderbetreuung, wäre auch eine ungeplante Schwangerschaft weniger schlimm.

MERKE

Am 4. Juli 2020 fand vor der Staatsanwaltschaft Basel eine Demo statt, die sich gegen die beginnenden Basel-Nazifrei-Prozesse richtete. Um den darauf folgenden Kessel schlichen diese zivilen Polizist_innen.



ROJAVA

Mit der Waffe in der Hand und Entschlossenheit im Herzen

Eine Genossin unserer Organisation besucht seit 2015 regelmässig die Region von Rojava. Sie verfolgt den Verlauf der gesellschaftlichen Prozesse und geostrategische wie militärische Aspekte. Vor kurzem kehrte sie von einer Reise zurück.

(gpw) Die Angriffe der faschistischen türkischen Besatzungstruppen und ihren Söldnern gegen die befreiten Gebiete haben zugenommen. Wie hast du die neuesten Entwicklungen erlebt?

Im Gang ist ein umfassender Angriff auf den revolutionären Prozess und deren Errungenschaften. Je nach geografischer Lage und objektiven Bedingungen finden klassische Angriffe mit schweren Waffen, gezielte Angriffe aus der Luft auf Städte wie Ai Nissa und Sabotageaktionen gegen die Wasserzufuhr und elektrische Anlagen statt. Getreidefelder und Plantagen werden angezündet.

Ai Nissa ist ein kleines Städtchen im arabischen Teil Nordsyriens, welches an der Strasse M4 liegt, einem strategischen Knotenpunkt für Kommunikation und Transport. Die türkischen Faschist_innen und ihre Söldner versuchen das Städtchen einzunehmen, was ihnen definitiv nicht gelingt. In Heseke, in Quamishlo oder in der Nähe von Kobane verüben auch Jihadistische Kräfte auf öffentlichen Plätzen Anschläge, welche die Zivilbevölkerung trifft. Andere Frontlinien liegen in Til Tamer, die Stadt in der Ivana Hoffmann gefallen ist, und seit kurzem auch in Bashur in der Nähe von Derik. Am Weg zu Gare, einer Bergkette der Medyaverteidigungsgebiete, wo die Übergänge zu Shengal liegen, blockieren die KDP Peshmerga die Verbindungswege und könnten militärisch angreifen. In den Bergen von Kandil nehmen die Drohnenangriffe zu. Die Guerilla schlägt die feindlichen Kräfte in ihren Bodeneinsätzen zurück.

Der Würgegriff um Rojava zieht sich zu. Es zeichnet sich eine Intensivierung des Krieges ab, deren Ausmass im Zeitpunkt dieses Gesprächs nicht absehbar ist. Die neuesten Entwicklungen stehen zum Beispiel auf #riseup4rojava oder www.rojava.ch/netzwerk

Wie und mit welchen Methoden analysieren die revolutionären Kräfte diese Phase der Auseinandersetzung?

Als der Krieg ausbrach, zog man sich rasch aus Serekanje zurück und verschob die ständige Front in Richtung Til Tamer. Diese und andere Kampferfahrungen lösten Debatten aus. Wurde Serekanje zu früh aufgegeben? Wo ist ein Rückzug, als taktisches Moment sinnvoll, um strategisch vorwärts zu kommen, wo ist er strategisch ein Fehler?

In einer Revolution wird man in einem permanenten Prozess vor neue widersprüchliche Situationen gestellt. Man muss die nächsten Schritte entscheiden und zwischen jenen mit strategischer und jenen mit taktischer Bedeutung unterscheiden.

Die Veränderungen, die ich in Rojava wahrgenommen habe, sind eindrücklich. Die Bewegung ist ständig am Analysieren, in welcher Phase ihr Prozess steht, welche geostrategischen Veränderungen im Gang sind, und was diese für die jeweilige lokale Situation bedeuten. Man wendet das Tekmil an, die Methode der Kritik und Selbstkritik. Die Selbstkritik ist hart, aber nötig. Die gewonnen Erkenntnisse setzen sie sofort um. Permanent stellen sie sich die Frage, wer die strategischen und wer die taktischen Partner sind, obwohl es klar ist, dass die strategischen Partner jene der Revolution und die taktischen jene der Koalition sind.

Doch ist es im Krieg nicht immer einfach, klare Positionen aufrecht zu erhalten. Die Verteidigung steht im Vordergrund. Man trägt die Verantwortung für das Volk. Die Gefahr besteht, sich in der Taktik zu verlieren. Die Bildungsstätten, die Akademien für Kommandant_innen und zivile Vorsitzende werden einbezogen, um das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren: Der historische Aufbruch mit den taktischen Aktualitäten zueinander in Verbindung zu setzen und die Revolution voranzutreiben.

Die Anwendung dieser Methode ist eine grosse Kunst dieser Bewegung, dank welcher die Revolution voranschreitet und das Volk bereit ist, die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen.

Welche taktischen und strategischen Antworten entwickeln sie aus ihrer Analyse? Wie kommt man vom Würgegriff los und aus der Defensive in die Offensive?

Der Widerstand hält dem Krieg eine Vielfalt an Widerstandsformen entgegen, die sie permanent aus ihren Analysen entwickeln. Sie müssen entscheiden, welche Gebiete strategisch gehalten werden sollen. Ai Nissa spielt eine strategische Rolle, weshalb sich dort ein militärischer Widerstand entwickelt. Ai Nissa gibt man nicht frei. Der Widerstand wächst überall. Es ist eindrücklich, wie die Guerilla in den Bergen, die Selbstverteidigungskräfte wie YPG und YPJ zusammen mit den zivilen Verteidigungskräften den Widerstand laufend aufbauend verstärken, sich den neuen Situationen anpassen und entsprechend bewaffnen.

Die faschistischen Kräfte wollen durch ihre perfiden Angriffe in den besetzten Gebieten die Widerstandskraft brechen und die Bevölkerung demoralisieren. Wie reagiert die Zivilgesellschaft auf diese Bedrohung, insbesondere auch die Frauen, die viel zu verlieren haben?

Ein schönes Beispiel, wie der Grundgedanke des revolutionären Prozesses trotz den Kriegserfahrungen lebt, ist die Gründung eines armenischen Taburs und eines armenischen Civil Counsel. Das armenische Volk hat 74 Genozide erlebt. Jetzt organisieren sich Armenier_innen als eine Einheit, die bewusst aufsteht und lernt, sich militärisch selbst zu verteidigen. Sie werden einen Genozid nicht mehr waffenlos hinnehmen.

Das armenische Volk hat wie jedes andere Volk in Rojava ein Recht, sich selbstbestimmt eine Selbstverteidigung aufzubauen und sich als Gruppe selbstbestimmt in den Prozess einzubringen. Es ist ein grosser Erfolg, dass gerade jetzt, wo der Krieg intensiviert wird, die armenischen Menschen in Rojava zur Selbstorganisierung und Selbstverteidigung schreiten. Sie gründen Schulen, um ihre Sprache zu lernen und sich ihre Geschichte anzueignen. Militärisch wächst ihr Tabur stetig. Die Einrichtungen, die gegründet werden, verteidigen sie selbst.

Wenn wir beobachten, mit welcher Kraft und Entschlossenheit die Frauen im zivilen wie im militärischen Bereich ihre Projekte entwickeln und vorantreiben, verstehen wir, dass der Widerstand sich nicht brechen lässt, obwohl die Frauen zunehmend Ziel faschistischer Angriffe sind, welche gezielt die Mittel der Entführungen, Vergewaltigungen und des Verschwindenlassens einsetzen.

Welche Erkenntnisse ziehst du aus der Entwicklung in den selbstverwalteten Gebieten für den revolutionären Prozess in Westeuropa? Was können wir von den Erfahrungen aus Rojava, Sengal, Kandil usw. lernen?

Der Prozess in Rojava geht uns alle an, egal, wie stark man in die Ereignisse involviert ist oder ob man Fragen oder Widersprüche zum Prozess hat. Revolution und Konterrevolution stehen sich als historisches Moment gegenüber. In Rojava wird auf Probleme unserer Zeit eine revolutionäre Antwort entwickelt. Von der Konterrevolution findet militärisch, ideologisch, auch im imperialistischen Sinn, dagegen eine Umzingelung statt, welche den revolutionären Kern, ihre Methodik und ihre Umsetzung, ersticken will. Dagegen müssen wir uns überall mit aller Kraft stellen.

Der Faschismus erstarkt in Europa. Diesen Feind haben wir gemeinsam. Wenn wir mit einer antikapitalistischen, antiimperialistischen und antifaschistischen Identität und Logik nach Rojava blicken, finden wir weitere Punkte. Wir wissen, wie die Faschist_innen operieren und dass es den imperialistischen Kräften darum geht, sich den Zugang zu Profiten zu sichern. Gemeinsam haben sie die Entschlossenheit, diesen Prozess zu vernichten. Die entwickelte revolutionäre Alternative ist Teil einer Perspektive, um die wir hier auch kämpfen.

Auch in der Schweiz versucht die AKP, die türkische Diaspora zu beeinflussen und zu bedrohen. Wie können wir hier den Prozess vorantreiben, um den Antifaschismus zu stärken?

Wir tragen alle eine grosse Verantwortung. Während des Krieges gegen Afrin demonstrierten über Wochen weltweit Tausende auf der Strasse gegen Krieg und Faschismus. Dieser Druck von der Strasse wurde zum Kriegsfaktor, weil Solidarität als grosse Kraft wahrgenommen wird.

Eine solche Mobilisierung kann man nicht auf Dauer aufrecht erhalten. Der Lockdown kommt als Erschwernis hinzu. Man muss sich andere Formen des Kampfes überlegen und sich fragen, in welcher Phase des Krieges wir welche Rolle spielen. Die Widerstandsvernetzung wählte zusammen mit Rise up for Rojava als Strategie, gegen die Verantwortlichen im eigenen Land, Staat wie Kapital, vorzugehen. Für alle Kräfte ist es wichtig, sich in einer internationalen Front gegen den türkischen Faschismus, die Imperialist_innen, die kapitalistischen Krise zu stellen: Eine Front der Solidarität und der Perspektive, um zu verteidigen, was an Errungenschaften erzielt worden sind und um diese weiterzuentwickeln.

Strassenblockade durch Militante der Liga der armen Bauern.

BRASILIEN

Widerstand gegen das faschistische Bolsonaro/ Mourão Regime

Im dritten und letzten Teil unserer Brasilien Reihe wollen wir auf die verschiedenen Formen des Widerstandes eingehen, die sich unter den aktuellen Situation entwickelt haben.

(agkkz) Die Tragödie in Manaus löste in ganz Brasilien Trauer und Empörung aus. Seit dem 14. Januar erlebt die Amazonenstadt eine heftige zweite Welle, die Spitäler sind mit der neuen Situation masslos überfordert und Sauerstoffflaschen sind zu einem knappen Gut geworden. Angehörige von Corona-Infizierten versuchen verzweifelt, Sauerstoffflaschen aufzutreiben und zahlen dafür teilweise tausende von Franken. Eine Rückkehr zur «Normalität» ist ausser Sicht, die Zustände erinnern an die anfängliche erste Welle im Frühling. Seit Beginn der Corona-Krise sind über Zweihunderttausend an den Folgen von Corona gestorben und Abermillionen haben sich sich mit dem Virus infiziert. Gleichzeitig verzeichnet das Land die höchste Arbeitslosigkeit in der Geschichte des Landes, es gab Massenentlassungen sowie Angriffe auf öffentliche Dienste und Bedienstete, Zwangsräumungen. Dazu kommt die voranschreitende Umweltzerstörung, rassistische Morde und Inhaftierungen, Femizide sowie tödliche Gewalt gegen Schwarze, Arme, Bauern und Indigene.

In diesem Kontext, inmitten eines Krieges gegen die armen und arbeitenden Menschen, welche nie ein Recht auf Quarantäne hatten und gezwungen wurden, trotz der tödlichen Krankheit arbeiten zu gehen um überleben zu können, fanden die Kommunalwahlen 2020 statt. In welchen die grossen Parteien der Rechten, der Mitte und der institutionellen Linken in ihren Wahlkämpfen ein grosses Theater des Todes inszenierten.

Doch nicht alle geben sich den Illusionen der wahlkämpfenden und legalistischen Linken hin und wollen diese Empörung in einen Kampf verwandeln. Seien es streikende LKW-Fahrer, ArbeiterInnen der Müllabfuhr oder Kuriere, demonstrierende Frauen oder antifaschistische Fussballfans. Sie alle führen einen Kampf gegen die mörderische Regierung Bolsonaro/Mourão, welche nur durch den radikalisierten Kampf des organisierten Volkes gestürzt werden kann. Durch die Mobilisierung an der Basis und die Agitation der Massen wollen sie zu einem Volksaufstand auf der Strasse übergehen, mit Blockaden der verschiedenen Bereiche des Staates, Besetzungen von Land, Fabriken, Unternehmen und Institutionen, mit Sabotagen, Barrikaden, Strassensperren bis hin zum aufständischen Generalstreik.

So zum Beispiel die Föderation der revolutionären Gewerkschaftsorganisationen Brasiliens – FOB. Sie vereint Gewerkschafts-, Studenten- und Volksorganisationen. Ihre Hauptstrategie ist die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit, in Opposition zur Staatsgewerkschaft und zum Reformismus, welcher aktuell im Land vorherrscht. Sie versuchen, eine Gegenmacht zu etablieren und eine andere Gesellschaft aufzubauen, die auf Gleichheit, Freiheit und Sozialismus basiert. Die FOB versucht, Organisationen aus ganz Brasilien zu versammeln, um den Wiederaufbau einer revolutionären gewerkschaftlichen Massenbewegung voranzutreiben und mit einer aufständischen Strategie, den Aufbau des Generalstreiks, der Volksräte und Volksversammlungen vorantreiben, die von ihren Territorien aus durch einen Volkskongress als Entscheidungsgremium der proletarischen, föderalistischen und sozialistischen Macht in Opposition zur bürgerlichen und staatlichen Macht artikuliert wird. Die Macht des Volkes soll sich als eine Form der Gegenmacht durchsetzen, die auf der permanenten Mobilisierung der Massen und der basisnahen und autonomen Volksorganisation beruht.

Kampf der landlosen Frauen gegen patriarchale Gewalt

Häusliche Gewalt hat auch in Brasilien während der Zeit der sozialen Isolation zugenommen. Diese neue Realität inmitten der Pandemie erreicht auch die Landarbeiterinnen. Als Initiative zur Bekämpfung von Fällen häuslicher Gewalt und anderer Arten von Gewalt gegen Frauen startete die Bewegung der landlosen Landarbeiter MST im April die Kampagne "Landlose Frauen: gegen Viren und Gewalt".

Eines der Ziele ist es, ein Netzwerk der Solidarität unter den Frauen aufzubauen, so dass sie einen Ort haben, um intern Unterstützung und Solidarität zu suchen. Sie wollen, dass zumindest in den MST-Territorien, dieser Kreislauf der Aggression durchbrochen wird. Bald soll es in Território Sem Terra (ihren selbstverwaltenden Gebieten) keine Gewalt an Frauen mehr geben. Es ist eine dauerhafte Kampagne die kurz-, mittel- und langfristig angelegt ist. Es ist also nicht nur eine Kampagne für einen Zeitraum der sozialen Isolation. Und es ist auch nicht nur die Aufgabe der Frauen, sich daran zu beteiligen. Frauen tragen diese Kampagne, aber die Verpflichtung und Verantwortung, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, liege bei allen in der Organisation.

Die Liga der armen Bauern

Entstanden nach dem Corumbiara-Massaker 1995, repräsentiert die Liga der armen Bauern (LCP) die Radikalisierung des Kampfes für die Agrarrevolution.Die LCP ist eine bewaffnete Bauernorganisation, die im Nordosten des Landes operiert und zahlreiche Lager unterhält.Tief verbunden mit der politischen und wirtschaftlichen Arbeit mit den ländlichen Massen des Bundesstaates Rondônia, der nördlichen Region Brasiliens, organisiert die LCP etwa 4.000 landlose Bauernfamilien auf einer Fläche von 500.000 Hektaren.

In der Gemeinde Porto Velho besetzten sie 2016 ein grosses unproduktives Stück Land von 57.000 Hektaren. Auf diesem Grossgrund bauten die Bauern das Lager Tiago dos Santos, benannt nach einem im Kampf gefallenen Genossen. Die Repression gegen die LCP intensivierte sich im Oktober nachdem zwei Militärpolizisten in der Nähe des Lagers getötet wurden. Darauf hin startete die Militärpolizei eine riesige Operation mit über 300 schwerbewaffneten Polizisten, um das Lager anzugreifen und eine Belagerung zu errichten. Dabei kam es zu mehreren Hinrichtungen und Entführungen die sich nicht nur gegen das Lager sondern auch gegen ihre Unterstützerinnen richtete.

Eine Woche nach der gewaltsamen Räumung kehrten jedoch über 300 Familien in das Gebiet zurück und die LCP begann mit der Neuorganisation des Lagers.Die LCP ist eine der bedeutendsten Akteure im Kampf um eine Landreform. Hinsichtlich ihres klaren Bewusstseins zur Selbstverteidigung der Landbevölkerung ist zu hoffen, dass sie die mörderische Politik der Bolsonaro/Mourão Regierung überstehen und ihre Gebiete weiter erweitern können.

Streikende Kuriere in São Paulo.

LANGZEITPFLEGE IN ALTERSHEIM UND PFLEGEZENTRUM

«Schnauze halten und arbeiten»

Das liberale Credo verlangt Selbstverantwortung, das heisst in einer Pandemie, dass Risikogruppen sich selbst zu schützen haben. Wer das nicht mehr kann, ist arm dran, wie ein Gespräch mit Personal aus Altersheim und Pflegezentrum zeigt.

(az) Der Umgang mit Langzeitpflege und den Altersheimen offenbart den offiziellen Umgang mit der Pandemie sehr deutlich. Materiell, indem der Schutz dieser Risikogruppe nicht angemessen ausgestattet ist. Ideologisch, indem das Personal gezwungen wird, mit der Schuldenbremse im Kopf die alten und vulnerablen Personen zu betreuen und zu pflegen. Das Spardiktat erzeugt einen Sachzwang.

Eine sozialistischere, grosszügigere Einstellung würde uns befehlen, jenen, die leben, ein möglichst schönes und sorgenfreies Alter zu ermöglichen. Die ganze leer stehende Infrastruktur, die ganze Arbeitskraft auf Kurzarbeit, hätten beste Bedingungen erlaubt. Für den nächsten Lockdown wünschen wir uns deshalb, dass Altersheime geräumige Luxushotels mit Park besetzen, die Bewohner_innen und viel Personal dort spaziert, jasst und singt und von solidarischen, unterbeschäftigen 5-Sterne-Köchen bekocht wird.

Denn wer fragt, wie viel die Pflege kosten darf, fragt in Tat und Wahrheit, wie viel das Leben dieser Personen wert ist. Nicht sehr viel, ist die offenkundige Antwort der reichen Schweiz, das zeigen die Aussagen der zwei Pflegerinnen.

Wie ist der Betrieb zu Zeiten von Corona?

Altersheim: So wie es jetzt ist, fertigen wir Insassen im Altersknast ab. Ich bin überzeugt, meine Bewohner_innen würden das unterschreiben. Die Leute laufen Amok, ich wurde auch schon körperlich bedroht von Bewohner_innen, die nicht mehr können. Ich bemerke bei den Alten einen degenerativen Abbau, weil alles wegfällt, was sie wach gehalten hatte, sei das Aktivierung, Yoga oder ein Jassabend. Viele konnten vorher selbständig gehen und jetzt nicht mehr, weil sie so zugenommen haben. Leute, die vorher nie auffällig waren, wurden plötzlich suizidal, einige haben sich geritzt im hohen Alter.

Pflegezentrum: Das System lief schon vorher am Rand. Überstunden, Schichtarbeit, nie genug Personal und sowieso nicht richtig qualifiziertes Personal, das ist schon lange Alltag. Alle wissen: Wenn der Personalschlüssel in der Pflege fällt, steigt die Mortalität. Aber das ist offensichtlich egal. Corona hat das bestehende Problem nicht gemacht, nur sehr verschärft. Bei uns war an einem gewissen Punkt mehr als die Hälfte der Patient_innen plötzlich sterbend, es war nicht möglich, die würdig zu begleiten. Ich rannte von einem Zimmer ins nächste, die Leute lagen über Stunden in ihrem Urin, in Erbrochenem. Die Angehörigen konnten nicht hinzugezogen werden, telefonieren war nicht möglich, das war schon kriegsähnlich. Nun beginnt die Pflege, die Türen zu schliessen, weil sie das Geschrei nicht mehr aushält. Der Empathie-Verlust ist alltäglich, das ist schlimm, aber die logische Konsequenz, wir können nicht mehr.

Wie stand es um euren Schutz?

Pflegezentrum: Die Leitung sitzt im Büro und bestimmt, wie wir arbeiten müssen, stellt sogenannte Schutzkonzepte auf. Sie haben die Fähigkeit und das Wissen dafür gar nicht, sie fragen uns aber auch nicht. Auch nicht banale Fragen, wie, ob wir Sekret richtig entsorgen können.

Altersheim: Wir waren am Anfang sehr schlecht geschützt, jetzt ist das anders. Anfangs gab es fast kein Material. Zu viel desinfizieren war nicht gerne gesehen, wegen den Kosten, wir wurden angewiesen, sparsam mit dem Desimittel umzugehen.

Pflegezentrum: Wir waren auch sehr schlecht geschützt. Als die ersten Corona-Fälle kamen, haben wir uns Patienten-Nachthemden übergezogen, weil wir keine Schutzmäntel hatten. Die FFP2 Masken sind uns auch sehr schnell ausgegangen. Es wäre ein klarer Fall, das Risiko ist sehr hoch, wir kommen den Leuten nahe, einige von uns müssen Essen eingeben oder Mundpflege machen.

Wie kam zu dieser Situation?

Pflegefachfrau: Für die städtischen Pflegezentren wurde die katastrophale Entscheidung gefällt, dass Corona-Fälle aus den Spitälern aufgenommen werden sollen. Die öffentliche Aufmerksamkeit lag darauf, ob Betten in den Spitälern frei sind. Also wurden Corona-Fälle an uns abgeschoben und öffentlich hiess es: 'Alles unter Kontrolle'. Für uns gab es keine Schulung, keine Entlastung und überhaupt keine Unterstützung. Und die Infrastruktur war das reine Chaos, Plastikvorhänge wurden zur Isolation aufgehängt. Viele sind gestorben. Ich arbeite schon sehr lange auf diesem Beruf, aber ich habe das erste Mal geweint. Schnauze halten und arbeiten ist die Devise.

CHILE

Las mujeres siempre estamos en primera línea

Spätestens seit den Aufständen in Chile im Oktober 2019 ist klar, dass der feministische Kampf der chilenischen Frauen eine der stärksten Frauenbewegungen weltweit ist. Es ist unbestreitbar, dass ohne den Frauenkampf die Proteste nie so gross und stark geworden wären.

(agkkz) Die Protestbilder aus Chile vom Oktober aus dem Jahre 2019 gingen um die ganze Welt. Millionen Menschen haben sich gegen die rechtskonservative Politik von Präsident Piñera gestellt und sind auf die Strasse gegangen. Nicht nur um ein Zeichen gegen die herrschende Regierung, sondern auch gegen das patriarchale und kapitalistische System zu setzen. Die mehrheitlich privatisierten Schulen, Spitäler und Universitäten sind nur für einen kleinen privilegierten Teil der Bevölkerung bezahlbar. Die Preiserhöhung der Tickets für den öffentlichen Verkehr war der letzte Tropfen, welcher das Fass zum Überlaufen brachte. Innert kürzester Zeit war eine politische Bewegung im Gange, deren Dimension das Land schon lange nicht mehr erlebte. Viele bürgerliche Medien wunderten sich über die Stärke und die Grösse der Bewegung. Wie kann es sein, dass scheinbar aus dem Nichts so viele Menschen auf die Strassen gehen und in organisierten Protesten gegen die Regierung kämpfen? Die Antwort darauf lautet: Das Fundament und die treibende Kraft dieser Bewegung ist der Frauenkampf. In Chile hat der Frauenkampf eine lange Tradition und bereits vor den grossen Aufständen 2019 haben sich viele Frauen organisiert, um kollektiv gegen das patriarchale System zu kämpfen. Die Frauen sind in unterschiedlichen Strukturen, beispielsweise in revolutionären Organisationen, in Nachbarschaftskomitees oder in Gewerkschaften zahlreich vertreten. Ein Beispiel dieser Art der Oranisierung/Agitation ist die Coordinadora Feminista 8m. sie gilt als wichtigste und zugleich radikalste feministische Organisation Chiles. Die Coordinadora Feminista 8m hat unterschiedliche Komitees, die sich in den Bereichen Umwelt, Kinder, Gewerkschaften, Bildung, Gefängnisse, AusländerInnen, usw. engagieren. Diese Art der Politik ist für die feministische Tradition in Chile eher neu. Davor haben sich Feministinnen in einzelnen Bereichen wie Abtreibung, Menschenrechte, gegen Gewalt an Frauen engagiert. Seit einigen Jahren sind viele Feministinnen der Auffassung, dass der Frauenkampf in unterschiedlichen Bereichen gleichzeitig stattfinden muss und die Kämpfe nicht für sich alleine stehen dürfen. Zudem vernetzen sie sich mit Frauen aus anderen lateinamerikanischen Städten und verknüpfen dadurch den feministischen Kampf mit einer internationalen Perspektive. Jedes Jahr im Februar organisiert die Coordinadora Feminista 8m einen Kongress. Letztes Jahr kamen dabei 3'000 Frauen aus verschiedenen Ländern zusammen.

Der Frauenkampf ist in Chiles Strassen omnipräsent und manifestiert sich auch in visuellen Ausdrucksformen. Plakate, Graffitis und politische Parolen wie „las mujeres siempre estamos en primera línea“ (Wir Frauen stehen immer an vordersten Front), „mujeres en rebeldía“ (Frauen im Widerstand) oder „amiga resiste“ (Freundin, leiste Widerstand) zieren die Wände in der Hauptstadt. Nicht nur innerhalb des Landes ist die Schlagkraft der feministischen Bewegung präsent: Die Strassen-Performance “Un violador en tu camino” (vom Kollektiv Las Tesis) ging im Januar 2020 um die Welt und wurde in vielen Städten öffentlich inszeniert. Die Performance ist eine Antwort auf die Gewalt an Frauen und die Femizide im Land. Sexualisierte und häusliche Gewalt sowie Femizide bleiben oft straffrei, weil die juristischen Hürden viele Frauen beziehungsweise Familien davon abschrecken, die Tat überhaupt zur Anzeige zu bringen. Oft werden die Überlebenden von der Polizei nicht ernst genommen, die Gerichtstermine werden grundlos verschoben oder die Anklage aufgrund mangelnder Beweise fallen gelassen – die Frauen in Chile nennen dieses Muster „Re-Viktimisierung“. Im letzten Jahr hat sich die Lage für die Frauen weiter zugespitzt. Viele haben ihre Arbeit verloren und sitzen wegen des Lockdowns ohnehin in den eigenen vier Wänden fest, dadurch verschärft sich die Gewaltbedrohung zu Hause.

Mit den Protesten von 2019 und 2020 hat die feministische Bewegung an Aufmerksamkeit und Kraft gewonnen und am 8. März 2020 sind allein in der Hauptstadt Santiago de Chile eine Million Frauen auf die Strassen gegangen. Insgesamt gingen 3 Millionen Frauen auf die Strasse – die grösste Demonstration seit dem Ende der Pinochet-Diktatur. Auch die chilenische Regierung ist sich der Gegenmacht der feministischen Bewegung bewusst. Sie nutzten die Corona-Krise als Vorwand, um sämtliche Demonstrationen und Proteste behördlich zu untersagen oder diese von der Polizei brutal auflösen zu lassen. Diese Verbote veranlassten die Frauen jedoch nicht Zuhause zu bleiben, im Gegenteil, ihre Bewegung gewinnt auch während der Corona-Krise stetig an Kraft. Mit der Legalisierung der Abtreibung in Argentinien Ende Dezember 2020 ist ein weiteres Feuer entfacht und der Ruf nach Gleichstellung und Selbstbestimmung war in Chile so laut wie noch nie. Die chilenischen Frauen werden mit Sicherheit auch im Jahr 2021 an vorderster Front gegen patriarchale Strukturen, den Staat und den Kapitalismus weiterkämpfen.

INTERVIEW

Was die Jugend antreibt

Klimabewegung, feministische Kämpfe, Antirassistische Proteste: Diese und viele andere Bewegungen waren in den letzten Jahren in der Schweiz im öffentlichen Raum präsent. Von einer eigentlichen Jugendbewegung kann nicht, oder nur teilweise, gesprochen werden. Aber immer waren Jugendliche und junge Menschen als treibende Kräfte mit dabei.

(gpw/agbs/agw) In der Schweiz gibt es mittlerweile viele linke revolutionäre Jugendgruppen. Einige davon gibt es seit mehreren Jahren, andere erst seit Kurzem. Wir haben vier von ihnen angeschrieben und wollten von ihnen wissen, wer sie sind, was sie antreibt. Befragt wurden die Revolutionäre Jugend Zürich (RJZ), eine Jugendgruppe aus Bern, das Revolutionäre Jugendbündnis Winterthur (RJBW) und die Revolutionäre Jugend Basel (RJB). In jeder aufbau-Nummer drucken wir eines dieser Interviews ab. Die RJZ und die RJB waren schon dran. Nun folgt das Interview mit dem Revolutionären Jugend Bündnis Winterthur. Unsere Fragen beantworten die 19-jährige Anna und der 21-jährige Arthur, dieses Mal mit einem stärkeren Fokus auf die individuellen, persönlichen und subjektiven Beweggründe.

Seit wann seid ihr in der RJBW organisiert?

Arthur: Ich bin seit dem 13.12.2019 im revolutionären Jugendbündnis Winterthur organisiert. Die RJBW wurde an diesem Datum, nach einem halben Jahr Vorbereitungszeit, gegründet.

Anna: Ich bin auch schon seit dem Gründungsprozess mit dabei, war Teil der Freundesgruppe, die das Ganze gestartet hat.

Wie wurdet ihr politisiert und was hat euer Interesse allgemein und insbesondere an revolutionärer Politik geweckt und geprägt?

Anna: Ich habe mir diese Frage schon oft gestellt und bin nie zu einem Punkt gekommen, wo es klick gemacht hat. Ich habe mich eigentlich schon immer für Politik interessiert. Ich lernte Freunde kennen, die schon mehr politisiert waren. Ich war etwas frustriert von der parlamentarischen Politik und habe gesehen, dass das nicht funktionieren kann. Und deshalb hat mich die Alternative dazu interessiert.

Arthur: Ich habe mich sehr früh für gesellschaftspolitische und philosophische Themen interessiert. Ich habe dann mit Freunden einen Diskussionszirkel gegründet, wo wir viel diskutierten. Es gibt verschiedene Politisierungsmomente. Das eine ist die Ökologie, die mich vor grosse Widersprüche gestellt hat und mir auch irgendwie die revolutionäre Frage gestellt hat. Die Erfahrungen in der Arbeitswelt haben mich auch radikalisiert. Ich las viel, von Marx aber auch über Anarchie.

Welche politischen Erfahrungen habt ihr gemacht, bevor ihr euch der RJBW angeschlossen habt?

Anna: Ich war einige Zeit im Klimastreik aktiv und bin an die nationalen Treffen gegangen. Dort habe ich mitbekommen wie der Prozess ist, wenn man das nicht so gut plant und hatte das Bedürfnis, das in einem kleineren Rahmen, aber besser, durchzudenken.

Arthur: Ich habe Erfahrungen gesammelt an Demos, was auch einen politisierenden Effekt hatte. Vor allem internationalistische und antifaschistische Demos. Dann die Rojava Kampagne, die ich miterlebte und die mich stark politisiert hat. Dann war ich in der Klimabewegung, so in einem halb organisierten Rahmen. In derselben Zeit habe ich an verschiedenen Aktionen teilgenommen zusammen mit organisierten Kräften. So habe ich etwas Einblick bekommen, mich aber noch nicht organisiert. Das ist auch etwas dem Umstand geschuldet, dass es für mich in Winterthur noch keine Möglichkeit dazu gab.

Was hat euch dazu bewegt, bei einer revolutionären Organisierung mitzumachen?

Anna: Es war klar, dass es in Winterthur so etwas braucht, dass es einen Anschluss braucht. Wir hatten mit verschiedenen Leuten geredet: Aus dem Klimastreik, mit Leuten die nicht so auf der Linie waren, die irgendwie auch radikaler waren oder etwas anderes suchten. Mit Leuten, die keinen Anschlusspunkt hatten, die zum Teil resigniert sind und sich zurückgezogen haben, oder im Kleinen weitermachten, einfach für sich selber. So ist bei mir und anderen die Idee aufgekommen, dass man einen Anschluss schaffen muss. Dass man zuerst mal Kontakt bekommt mit einer Gruppe und eigene Positionen gemeinsam ausarbeiten kann.

Arthur: Damals hatte ich schon eine revolutionäre Perspektive, auch mit dem Wissen, dass dafür eine Organisation notwendig ist. Ich sah auch, dass in Winterthur die Anknüpfungspunkte für die Jugend fehlten. Dass die linke Szene nicht genügend niederschwellig war und auch keine revolutionäre Jugendstruktur hatte. Darum habe ich mich dann auch mit Freunden und Genossinnen zusammengeschlossen, um ein Bündnis zu gründen, damit wir uns als Jugend organisieren.

Was hat sich durch die Organisierung verändert?

Arthur: Ein grosser Punkt ist, dass es eine Kontinuität in den Aktivismus gebracht hat. Einen kontinuierlichen Prozess, individuell und kollektiv. Eine Mischform zwischen Organisation und Bündnis. Da es verbindenden Charakter hat, ist es nachhaltig. Man bleibt dabei, gleichzeitig kann man die Arbeit verteilen auf viele Schultern. Ich sehe noch weitere Vorteile. Dadurch, dass man gemeinsam aktiv ist und versucht, eine gemeinsame politische Praxis zu entwickeln, entsteht ein kollektives Bewusstsein, etwas, was ich vorher nicht kannte. Und natürlich kollektive Gegenmacht. Zu merken, wir können etwas machen, wenn wir uns organisieren, wir können stärker sein. Ich finde die Erfahrung mit der Kollektivität auch auf persönlicher Ebene wertvoll. Das bestätigt eine politische Perspektive in der Praxis. Zu sagen, das ist richtig, das ist gut woran wir dran sind. Man sieht wie Kollektivität funktioniert. Es ist nicht nur in der Utopie möglich, Kollektivität ist auch jetzt möglich.

Wie würdet ihr eure Gruppe beschreiben?

Arthur: Verschiedene revolutionäre Positionen sind vertreten, im anarchistischen und im kommunistischen Spektrum. Unter revolutionär verstehen wir, dass die Gesellschaft, was immer wir zum Ziel haben, nur durch Revolution verändert werden kann und das bedingt auch eine revolutionäre Praxis. Das heisst eine klare Abgrenzung zum Staat, eine klare Abgrenzung zur herrschenden Klasse und quasi die Bruchlinie immer wieder aufzuzeigen in der Praxis.

Euch ist sehr wichtig, dass ihr euch als Bündnis versteht, nicht als rein kommunistische oder anarchistische Organisation, sondern dass für unterschiedliche Positionen Platz ist. Stimmt das?

Anna: Ja, das stimmt, wir haben ja auch verschiedene Organisationen bei uns, vom revolutionären Aufbau oder aus dem Antifabereich, die auch noch sonst organisiert sind und auch ausgereiftere Positionen haben. Wir haben aber auch Leute, die noch nicht so fest mit revolutionärer Politik in Berührung gekommen sind und zuerst einmal abtasten müssen, was es alles gibt. Wir lesen auch Texte aus verschiedenen Perspektiven. Es wäre auch die Idee, dass man sich später an eine bestehende Organisation wenden kann.

Die Zeitspanne ist nicht sehr lang, trotzdem möchte ich fragen: Was denkt ihr, wie hat sich eure Gruppe seit der Gründung verändert?

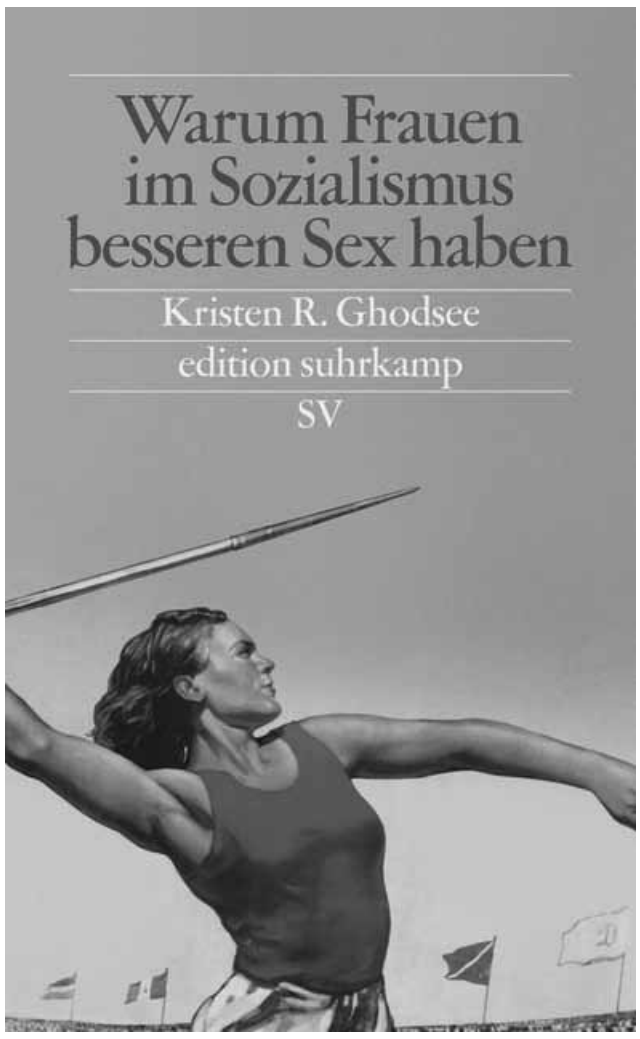
Anna: Wir haben einen sehr langen Prozess gemacht, bevor wir überhaupt gegen aussen getreten sind. Bevor Winterthur überhaupt wusste, dass da etwas am entstehen ist, haben wir uns fast ein halbes Jahr lang regelmässig getroffen. Wir sind mit grosser Ernsthaftigkeit und einem hohen Anspruch an die Sache eines Jugendbündnisses für Winterthur herangegangen.

Arthur: Das erste, was man merkte war, dass man sich irgendwo einigen musste im Bündnis und dass man Positionen ausarbeiten musste in einem Bündnispapier. Einige Leute fanden dann auch, dass das ihnen nicht passt und sind wieder gegangen. Schlussendlich haben sich dann aber auch wieder neue Leute organisiert und der ganze Prozess war von Anfang an sehr heterogen. Durch das gemeinsame Lesen und die vielen kollektiven Diskussionen, die wir führten, haben wir uns immer näher an eine Art kollektives Bewusstsein herangeschafft. Das war ein spannender Prozess. In einer relativ kurzen Zeit haben wir viel strukturell an uns gearbeitet und wenig gegen aussen getragen. Es war ein intensives Lernen, was strukturelle Sachen und kollektives Bewusstsein angeht. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg, dass wir nicht hierarchisierend Positionen gegeneinander ausspielen, sondern dass wir wissen, wir müssen zusammen arbeiten. Wir wollen nicht gegen aussen abschreckend sein und eine einfache Anlaufstelle bieten für Jugendliche, die sich politisieren wollen, auch wenn sie noch nicht viel gelesen und noch keine klaren Positionen haben.

Brigitte Studer: Reisende der Weltrevolution.

Die Schweizer Historikerin Brigitte Studer hat mit ihrer «Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale» eine ausführliche historische Auseinandersetzung mit der Komintern verfasst. In ihrem 600-seitigen Überblick über die Zeit zwischen 1919-1943 beschreibt sie anhand von oftmals neuem Archivmaterial die verschiedensten Aspekte der alltäglichen politischen Arbeit. Zur Sprache kommen Einzelschicksale wie auch die politischen Auseinandersetzungen und der abschliessende Niedergang der Komintern. Das klingt auf den ersten Blick nach zähem historischem Stoff, ist aber eines der lesenswertesten Bücher über die Geschichte der kommunistischen Bewegung seit Jahren.
Studer interessiert sich für die Frage, was die Menschen dazu brachte ein Leben als Berufsrevolutionär_in zu führen. Doch es ist weniger diese Ausgangsfrage, sondern es sind die verschiedenen Themen, die Studer streift, die das Buch derart interessant machen. So werden vergessene Debatten wieder sichtbar gemacht. Zum Beispiel zeigt Studer detailgetreu auf, wie man an zahlreichen Konferenzen immer wieder über Kolonialisierung und Rassismus stritt, etwa in der Frage, inwiefern die kolonialisierte Bevölkerung Asiens zum revolutionären Subjekt werden könnte oder inwiefern Rassismus ein besonderes Merkmal der Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung der USA ist. Dass sich die kommunistische Bewegung stets für verschiedene Kämpfe und Machtstrukturen interessierte, ist kein Geheimnis, allerdings macht Studer eindrücklich sichtbar, wie ernst man die Debatte und die internationale Solidarität nahm: Trotz der Machtposition der Bolschewiki, die mit ihrer erfolgreichen Revolution hinter sich die Komintern leiteten, war man am solidarischen Austausch interessiert, änderte mitunter trotz Mehrheitsposition seine Meinung und sendete die Berufsrevolutionär_innen in die ganze Welt.
Beim Blick auf das soziale Innenleben der Komintern spielen für Studer neben den Einzelschicksalen vor allem Geschlechterfragen eine wichtige Rolle. Dabei beleuchtet sie einerseits die von Genossinnen eingeforderten Debatten um die revolutionäre Rolle der Frau, andererseits aber auch den durch die Komintern geöffneten sozialen Raum: Die Komintern war alles andere als frei von ungleichen Geschlechterverhältnissen, beispielsweise was die Arbeitsteilung anging. Doch mit ihren zahlreichen Arbeitsstellen, Konferenzen und internationalen Büros war sie zugleich auch ein Ort persönlicher Entfaltungsmöglichkeiten, sowohl was das soziale Zusammenleben betrifft als auch was die politische Entwicklung anging.
Abgerundet wird das Ganze durch immer wieder eindrückliche Anekdoten. Studer erzählt beispielsweise die Geschichte, wie Willi Münzenberg an der Börse spekulierte und eine Zigarettenfirma kaufte, um seine verschiedenen Propagandaabteilungen zu subventionieren. Sein Plan, die Zigaretten-Packungen mit führenden Gesichtern der Bewegung zu schmücken – selbstverständlich auch mit sich selbst – wurde aber in Moskau abgelehnt. Oder es kommt die Rolle der Kommunistischen Partei der Schweiz zu Sprache, die aufgrund von mehreren Sympathisant_innen bei den Behörden die Internationale mit gefälschten Schweizer Pässen versorgte, was wiederum zu diplomatischen Verstimmungen mit der Schweiz führte.

Brigitte Studer: Reisende der Weltrevolution. Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale. Frankfurt am Main, 2020.



Kristen Ghodsee: Warum Frauen im Sozialismus besseren Sex haben.

Die gesellschaftliche Stellung der Frau war zur Zeit des kalten Krieges ein hart umkämpftes Thema. 1961 unterschrieb der US-Amerikanische Präsident John F. Kennedy daher eine Verordnung (mit Verweis auf die nationale Sicherheit) zur Gründung einer Komission zur Stellung der Frauen. Er hatte Angst, dass die USA gegenüber der Sowjetunion ins Hintertreffen geraten könnte, weil diese in der Integration der Frauen ins berufliche und akademische Leben weiter entwickelt war, und die USA vermeiden wollten, dass nur die Hälfte des Potentials ihrer Bevölkerung ausgeschöpft wird. Eis handelt sich somit um ein Paradebeispiel dafür, dass im Kapitalismus die Inklusion von Bevölkerungsgruppen aus ökonomischem (Existenz-) Zwang geschieht.
Die Autorin Kristen R. Ghodsee argumentiert nun in ihrem Buch zu diesem Thema auf Basis von Befragungen und Studien. Sie erklärt, dass die in den Ostblockländern grössere ökonomische Unabhängigkeit der Frauen nicht nur bedeutete, dass sie von Männern unabhängiger waren, sondern auch, dass sie selbstbestimmter Beziehungen leben konnten. Für das Führen einer Beziehung und das Leben von Sexualität bedeutete dies eine stärkere Entkoppelung der ökonomischen Machtverhältnisse. Im Ostblock hiess es daher auch, dass man in der Entwicklung der Menschheit weiter sei als der Westen.
Im Buch bietet Ghodsee konkret einen historisch-soziologischen Überblick zu den Themen der ökonomischen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung von Frauen im realsozialistischen Ostblock. Sie analysiert die Geschichte dieser verschiedenen Länder und ihrer westlichen Konkurrenten mit Blick auf Faktoren wie Arbeitsverhältnisse, Frauenrechte, Mutterschaft sowie Sexualität. Sie erwähnt zwar die diesbezügliche Überlegenheit des Ostblockes, ohne diesen jedoch zu verklären.
*Hinweis: Ghodsee selber weist darauf hin, dass es in ihrem Buch vorerst um Frauen und Männer im heteronormativen Sinne geht. Sie schliesst die Existenz von mehrdimensionalen Kategorien in Ungleichheits- und Unterdrückungsverhältnissen nicht aus.

Kristen R. Ghodsee: Warum Frauen im Sozialismus besseren Sex haben. Berlin, 2019.

Jonas Frick: Politik der Geschwindigkeit.

Folgt auf den Fordismus und den Postfordismus die Dromokratie, die Herrschaft der Geschwindigkeit und damit einhergehend, die Jagd nach Echtzeit in allen Lebensbereichen? Mit dieser Frage befasst sich das Buch «Politik der Geschwindigkeit – gegen die Herrschaft des Schnelleren». Nichts ist so nervig wie eine langsame Internetverbindung und so drängt sich die Dromokratie als Ideologie bewusstseinsbildend in den Alltag der Menschen. Auch vermittelt durch vermeintliche Banalitäten.
Illustriert wird dieser diskutierte neue Zeitabschnitt durch zahlreiche Beispiele der kapitalistischen Realität: Sei es in der Logistik, wo Pakete möglichst zeitnah an den Zielort gelangen sollten oder bei der Elektrifizierung des Fussgängers, der im städtischen Raum möglichst rasch mittels E-Trotti von A nach B kommen soll. Ausführlicher wird der Hochfrequenzhandel an der Börse behandelt, wo Aktien in vermeintlicher Echtzeit an- und verkauft werden. Es ist jener Hochfrequenzhandel, wo womöglich die Wurzel, der Taktgeber der Dromokratie zu finden ist.
Die Dromokratie kennt natürlich auch die Abgehängten: Jene «(S)lower class», die mit der Hochfrequenz der Herrschenden nicht mithalten kann. Das könnte zu Differenzen, Entsolidarisierungen und vor allem einer grossen Diskrepanz innerhalb der lohnabhängigen Bevölkerung führen. Doch wie jede kapitalistische Produktivkraftentwicklung schafft auch die Dromokratie verschiedene Möglichkeiten von Widerstand. Natürlich gehört dazu grundsätzlich die Politisierung der Geschwindigkeit. Im Konkreten lässt sich die Wiederaufnahme von Arbeitskämpfen um Arbeitszeit oder das Potenzial von Sabotage diskutieren. Die kapitalistische Produktionsweise wird – sobald sie mit Hochgeschwindigkeit funktionieren soll – selbstverständlich anfälliger, und dies auf vielfältige Weise.

Jonas Frick: Politik der Geschwindigkeit. Gegen die Herrschaft des Schnelleren. Wien 2020.

Genug ist genug! Das Quartier mobilisiert gegen die anhaltende Repression der Metropolitan Police.

TV SERIE

Kleine Axt fällt grossen Baum

Steve McQueens teils historisches Episodendrama Small Axe gewährt einen einmaligen Einblick in das Leben und die Kämpfe karibischer Migrant_innen in Grossbritannien. Dabei verliert sich die Serie nie in rührseligen Einzelschicksalen, sondern versteht es, die strukturelle Dimension der rassistischen Unterdrückung klar zu benennen.

(agkkz) Notting Hill Ende der 1960er Jahre, die Kamera folgt dem Protagonisten, Frank Crichlow, beim Gang durch das damals noch migrantisch geprägte Londoner Quartier. Es sind vor allem Menschen aus der Karibik, aus den ehemaligen Kolonien der Südsee, welche dort eine neue Heimat finden. Untermalt wird Crichlows Streifzug von Bob Marleys Try Me - «Yes Im black and Im coming». Eine Stimme aus dem Off zitiert aus C.L.R. James *The Black Jacobins*, einer Auseinandersetzung mit der Haitianischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts. Der Sklavenaufstand gegen die französischen Kolonialisten, dessen Ergebnis der erste unabhänige, von Sklav_innen geformte, Staat Südamerikas war, bleibt Bezugspunkt entlang des Narrativs und wird immer wieder referenziert. Crichlow ist Betreiber des der Episode ihren Titel gebenden Restaurants Mangrove, einem selbstbewusst als «black owned» ausgewiesenen Treffpunkt für die karibische Diaspora des Quartiers. Einst im eher zwielichtigen Milieu tätig, glaubt Crichlow mit seinem neuen, im Rahmen der Legalität operierenden, Lokal vor der Repression der Ordnungsmächte gefeit zu sein, wird aber immer wieder eines besseren belehrt. Das Mangrove wird so lange mit Razzien behelligt, bis schliesslich die Kundschaft wegbleibt. Ein wiederkehrendes Motiv sind hierbei die Telefonate des Protagonisten mit irgendwelchen Ämtern und Dienststellen, von denen er sich, wenn schon keine Entschuldigung, dann doch wenigstens eine Rechtfertigung für das Vorgehen gegen sein Etablissement erhofft. Als Zuschauer_innen hören wir dabei stets nur Crichlows verzweifeltes Argumentieren, die Stimme des Staates bleibt für uns stumm und lässt uns so das Gefühl der Machtlosigkeit des Auskunft suchenden am eigenen Leib erfahren. Schnell wird klar, das System ist korrupt, sich von den bürgerlichen Institutionen Hilfe zu versprechen, naiv. Die Quartierbewohner_innen sind jedoch keinesfalls wehrlos. Jugendliche werden von ehrenamtlich tätigen Anwält_innen im Umgang mit der Polizei, im Durchsetzen ihrer Rechte geschult und die Black Panther Party leistet ebenfalls Solidaritätsarbeit. Mit Hilfe der Black Panther Aktivist_innen Altheia Jones-LeCointe und Darcus Howe plant Crichlow sein Anliegen, das Ende der Repression gegen sein Lokal, auf die Strasse zu tragen. Der nachfolgenden Demonstration begegnet der Repressionsapparat mit äusserster Brutalität und einige Teilnehmer_innen werden im Nachgang der Anstiftung zum Aufstand bezichtigt.

Der Prozess

Bereits in der Wahl des Gerichtsstandes machen sich die Mechanismen der Klassenjustiz bemerkbar, der Prozess wird im, ansonsten für Schwerstkriminelle reservierten, «Old Bailey» geführt. Ein Novum bei der Prozessführung war es, dass sich zwei der Angeklagten selber verteidigten. Dies ist mitunter Ausdruck dafür, dass sich die Mangrove Nine von den vom Staat gestellten Verteiger_innen keine Hilfe erwarten dürfen. Das Anliegen der Angeklagten, ihren Fall von einer ausschliesslich Schwarzen Jury beurteilen zu lassen, stösst beim Richter auf Ablehnung. Die Mangrove Nine entschliessen sich dementsprechend, klassenkämpferisch zu argumentieren und konnten so zeigen, dass das rassistische kapitalistische System nicht nur die karibischen Migrant_innen im Speziellen, sondern die Arbeiter_innenklasse im Allgemeinen unterdrückt. Die klare Strategie, den Prozess zu nutzen um strukturelle Widersprüche im System zu benennen und anzuprangern, zahlt sich für die Angeklagten letztlich aus, die Anklagen wegen Anstiftung zum Aufstand werden allesamt fallengelassen. Die Protagonist_innen, inklusive einiger Jurymitglieder treffen sich zu Letzt wieder in Crichlows Mangrove Restaurant. Die Szene der Erleichterung wird, vielleicht etwas zu offensichtlich, von Toots & the Maytals Nummer «Pressure Drop» unterlegt. Das vermeintliche Happy End ist allerdings nur von kurzer Dauer, der Abspann ernüchtert die Zuschauer_innen mit Berichten von, trotz gewonnenem Prozess, anhaltender Repression der Metropolitan Police gegen Crichlows Lokal.

Neue alte Geschichten

Steve McQueen gelingt es, die historischen Stoffe seiner Serie erfolgreich ins 21. Jahrhundert zu transportieren. Zentral dafür ist, dass die Inhalte von Small Axe weiterhin aktuell sind. Rassistisch agierende Polizeiapparate und Klassenjustiz stellen nach wie vor reale Gefahren für die schwarze Bevölkerung dar. Abgesehen von der immer noch gegebenen Aktualität ist die visuelle Umsetzung, teilweise sicherlich McQueens Tätigkeit als Videokünstler geschuldet, hervorragend. Der Regisseur nimmt sich Zeit für lange Kameraeinstellungen und fängt so, etwa bei einer Karnevalsfeier der karibischen Diaspora in Notting Hill, Szenen unvergleichlicher Intensität ein. Auch bei der Gestaltung des Bühnenbilds wird nichts dem Zufall überlassen. Einerseits kommt eine authentische 1960er Jahre Atmosphäre zum tragen und andererseits werden so zentrale Motive, etwa durch wiederholte Nahaufnahmen von Porträts haitianischer Revolutionäre, transportiert. Dies ohne in der Ästhetik einen Selbstzweck zu sehen, sondern stets im Auftrag des Narrativs. Nicht zu Letzt leistet die musikalische Untermalung der Episoden einen fundamentalen Beitrag zu deren authentischen Atmosphäre. McQueen greift dabei auf eine liebevoll kuratierte Liste von Reggae Klassikern zurück und schafft es, dieser mitunter zum apolitischen Wohlfühlsoundtrack verkommenen Musikrichtung ihre politische Bedeutung wiederzugeben. So wird Bob Marleys «Trenchtown Rock» zum Kraftspender für den eingekerkerten Schriftsteller Alex Wheatle in der nach ihm benannten Episode «One good thing about music, when it hits you you feel no pain». Die zweite Episode, «Lovers Rock», ist eine Verneigung vor dem Titelgebenden Genre, feiert die Sound System Kultur der 1980er Jahre, lebt von epischen Tanzszenen, immer wieder durchbrochen von ekstatischen «Black Power» rufen, und inszeniert Reggae als Vehikel der Selbstermächtigung.

Strukturelle Widersprüche

Allen Episoden gemein ist, und hier liegt die grosse Stärke von Small Axe, dass über die Einzelschicksale hinaus stets das strukturelle Wesen der Unterdrückung benannt wird. Die Mangrove Nine werden klar als Opfer einer rassistischen Klassenjustiz identifiziert. Dadurch, dass diese sich selber verteidigen vor Gericht, wird jedoch gleichzeitig eine Perspektive aufgezeigt - durch Selbstermächtigung die Unterdrückungsverhältnisse anzugreifen. Die Protagonist_innen finden so immer wieder aus ihren strukturell zugewiesenen Opferrollen hinaus, indem sie eben diese Strukturen bekämpfen. So stellt Darcus Howe, Teil der Mangrove Nine, in der ersten Episode fest: «Niemand wird uns helfen ausser uns selbst» und erinnert dabei, möglicherweise ungewollt, an Brechts Zeile «Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein». Small Axe ist auch eine Geschichte von gegenseitiger Hilfe. So werden, in der Episode über das Bildungssystem, strukturell benachteiligte migrantische Kinder von ebenfalls migrantisch organisierten Gruppen unterstützt. Wer sich nicht selbst helfen kann, dem wird von der Gemeinschaft geholfen. Auch lässt McQueen keinen Zweifel darüber aufkommen wenn es um den Glauben geht, das System von Innen verändern zu können. In der Episode «Red White and Blue» entschliesst sich der Protagonist, seine Arbeit in der Forschung zu Gunsten einer Tätigkeit bei der Polizei aufzugeben. Dies im festen Glauben, dass so die rassistischen Übergriffe des Polizeikorps durch seine Teilhabe mitigiert werden können und im vollen Bewusstsein, durch seine Berufswahl sein Umfeld, im Speziellen seinen einst von der Polizei brutal misshandelten Vater, zu antagonisieren. Letztlich wird die Hauptfigur, trotz hehrer Ziele, selbst Opfer von Diskriminierung innerhalb des Polizeikorps und muss schliesslich resigniert feststellen, dass eine Veränderungen von Innen eine Utopie bleiben muss. Mc Queens Small Axe ist zu guter Letzt auch eine Lektion darin, dass sich die Geschichte, so lange sich die etablierten Strukturen erhalten können, wiederholen muss und dass es sich lohnt, sich mit den Kämpfen vergangener Generationen auseinanderzusetzen, um sich der Widersprüche der Gegenwart bewusst zu werden, und um schliesslich die Strukturen der Unterdrückung nicht von Innen zu wandeln, sondern von Aussen zu zerschlagen.

IMPRESSUM **Herausgeberinnen:** Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich / Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org / Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org **Redaktion (red):** Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5 Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU **Basel:** Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org **Zürich:** Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSSTELLEN **Schweiz:** Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart / Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.